

# Ideen zu einer Alternativwirtschaft – Sozialökologische Wende und Alltagskommunismus

## Inhalt

0	Thesen.....	2
1	Ausgangslage.....	3
1.1	Viele Probleme wurden angegangen: Die Welt ist gesünder, wohlhabender und gebildeter .....	3
1.2	Viele Probleme bleiben und verschärfen sich, neue kommen hinzu.....	3
1.3	Rechtspopulismus, Autokratie und Fundamentalismus .....	5
1.4	Aktuelle Fragen .....	8
2	Vorschlag für eine linke Perspektive - Staat, Markt und Alltagskommunismus.....	12
2.1	Voraussetzungen.....	12
2.2	Ansätze, auf die sich dieser Text bezieht.....	12
2.3	Staat, Markt und Alltagskommunismus zusammendenken.....	17
2.4	Randbedingungen .....	18
2.5	Welche Wirtschaftsform wo? - Besitzen heißt neu erschaffen können .....	21
2.6	Wie und wo anfangen?.....	24
3	Einstieg in die Praxis .....	25
3.1	Alltagskommunismus, Ehrenamt und politisches Engagement .....	25
3.2	Beispielhafte Zuordnungen ausgewählter Wirtschaftsbereiche .....	26

# 0 Thesen

1. Viele Bestandteile der notwendigen sozialökologischen Wende sind bereits entwickelt oder zumindest benannt worden:  
Beispiele: Ausstieg aus der Wachstumslogik, Entkopplung von Einkommen und Arbeit, Umstieg auf erneuerbare Energien, Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen und Elemente direkter Demokratie in Politik und Wirtschaft, Ökologisierung der Landwirtschaft.
2. Die sozialökologische Wende muss sozial und politisch erkämpft und kann nicht an der Urne gewählt werden. Es kommt in den meisten Fällen aber nicht darauf an, die Gegner zu besiegen, sondern sie überflüssig zu machen.
3. Die Entwicklung von IT kann die Wende befördern, wenn ihre Potentiale bezüglich gleichberechtigter Kommunikation, demokratischer Entscheidungsfindung und Dezentralisierung der Produktion genutzt werden.
4. Besitzen heißt neu erschaffen können.
5. Der ökologischen Linken fehlt eine Gesamtstrategie für die Wende, nicht deren einzelne Bausteine.
6. Aufbauend auf Ansätzen von Hanna Arendt (Vita activa) und David Graeber (Kritik an Kapitalismus und Bürokratie) lässt sich eine Strategie mit politisch-demokratischen wie wirtschaftlichen Elementen der sozialökologischen Wende skizzieren.
7. Auch nach dem Kapitalismus werden wichtige Segmente des Wirtschaftens über Marktmechanismen organisiert werden.
8. Neben kommunalen/staatlichen und marktwirtschaftlichen Organisationsformen wird der Alltagskommunismus/Kommunitarismus eine wichtige Rolle in Produktion und Reproduktion spielen.
9. Dezentralisierung von Entscheidungen und größere Bedeutung des Alltagskommunismus in der Wirtschaft ermöglichen mehr Menschen ein handelndes/selbstbestimmtes Leben und helfen so auch, Widersprüche zwischen parlamentarischer und direkter Demokratie zu entschärfen.

# 1 Ausgangslage

## 1.1 Viele Probleme wurden angegangen: Die Welt ist gesünder, wohlhabender und gebildeter

Die Welt ist gesünder, wohlhabender und gebildeter als noch vor 30 Jahren, auch wenn viele Menschen das in Europa vielleicht nicht so empfinden. Die objektiven Fortschritte auf dem Gebiet der sozialen Menschenrechte sind an vielen Indikatoren ablesbar wie z.B. an der Unterernährung, dem Analphabetismus, der medizinischen Versorgung, dem Lebensstandard, der (zumindest rechtlichen) Gleichstellung von Frauen und „Minderheiten“ etc.

Viele Länder, die vor 30 Jahren noch als Entwicklungsländer galten und die gut die Hälfte der Erdbevölkerung ausmachen (China, Indien, Brasilien, Südostasien...), haben heute als „Schwellenländer“ eigene funktionierende Volkswirtschaften mit guten Lebensverhältnissen für relevante Bevölkerungsanteile aufgebaut, die bisher den westlichen und z.T. den ehemals sozialistischen Industriestaaten vorbehalten waren.

Ausgeschlossen von dieser Entwicklung und nach wie vor von breitem Elend bedroht sind viele Länder hauptsächlich in Afrika, aber auch in dauerhaft diktatorischen oder Krisenstaaten (wie z.B. Nordkorea oder Afghanistan), in denen politische, soziale und religiöse/kulturelle Bedingungen eine wirtschaftliche Entwicklung verhindern.

Diese globalen Fortschritte wurden in einer weltweiten Hegemonie des Kapitalismus erreicht, verbunden mit demokratischen Ideologien und Haltungen, die aus den sozialen und politischen Bewegungen der 60er und 70er Jahre hervorgegangen sind. Allerdings wurde aus diesen Ideologien und Haltungen auf ihrem Weg durch die Institutionen alle ehemals vorhandene Kapitalismus-, Staats- und Bürokratiekritik gestrichen. Das heutige – aus Sicht rechter sozialer Bewegungen und Trump- oder AfD-WählerInnen - „linke“ Establishment - also Menschen wie Guterres, Papst Franziskus, Merkel oder Clinton - steht für diese Entwicklung.

## 1.2 Viele Probleme bleiben und verschärfen sich, neue kommen hinzu

Trotz der dargestellten Fortschritte bleibt eine Reihe von Problemen bestehen und entsteht im sozialen und ökologischen Bereich auch immer wieder neu. Ein Wirtschaftssystem, das ohne ständiges Wachstum ebenso wenig überleben kann wie ohne soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, lässt sich nicht dauerhaft, sondern jeweils nur zum Teil und kurzfristig in ökologisch und sozial wünschenswerte Bahnen lenken, teilweise werden nicht einmal die lebensnotwendigen Grenzen beachtet.

### **Die Welt überschreitet zunehmend ihre ökologischen Grenzen**

Die Folgen des Wachstums überschreiten seit längerem und zunehmend die ökologischen Grenzen unterschiedlicher Regionen der Welt, und seit einigen Jahrzehnten auch die des gesamten Planeten. Die Folgen - Entwaldung; Vernichtung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen durch Wüstenbildung, Erschöpfung von Trinkwasservorräten und Böden; Überfischung der Meere und Ozeane; Raubbau an Ressourcen - sind in vielen Regionen schon heute zu spüren.

Diese Aussage gilt global, auch wenn regionale Grenzen, z.B. bezüglich Wasserversorgung und -qualität oder Immissionsschutz, in vielen entwickelten Staaten weniger überschritten werden als noch vor 40 Jahren.

Auch der Klimawandel, der absehbar in den nächsten Jahrzehnten die größte globale Bedrohung darstellt, hat - hervorgerufen durch die Emission klimawirksamer Gase - begonnen. Er gefährdet die meist dicht besiedelten Küstenregionen der Erde, bedroht die Wasserversorgung in vielen Regionen und wirkt auf die weltweiten Ökosysteme.

### **Hegemonialinteressen, Kriegsgebiete und Failed States**

Nach dem Ende der Blockkonfrontation durch die Niederlage des schwächeren Partners ist der global vernetzte Kapitalismus als einziges Weltsystem übriggeblieben. Auch China, neben Vietnam, Kuba und dem diktatorischen Atom-Kleinstaat Nordkorea, das einzig verbliebene formal sozialistische Land, agiert international und zunehmend auch intern kapitalistisch.

Vielleicht aus Angst vor der totalen Vernichtung, aber sicher auch, weil das Kapital wesentlich internationaler ist als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, deutet wenig auf die Vorbereitung eines weiteren Weltkrieges hin. Lokale Konflikte wie in Syrien, in der Ukraine, auf der Krim oder in Kurdistan haben meist auch Aspekte von Stellvertreterkriegen, aber es sieht glücklicherweise bisher nicht so aus, als würde eine der Weltmächte für seine dortigen Interessen oder Bündnispartner einen großen Krieg riskieren. Allerdings geraten die Großmächte USA, CHN und RUS zunehmend aneinander, und Trump droht mit einer Neuauflage des atomaren Rüstungswettlaufs.

Andererseits bedeutet dies auch, dass bestehende Krisengebiete häufiger zu Dauerkonflikten werden. Keiner der Gegner kann gewinnen, und insgesamt brechen die betroffenen Staaten oder Regionen auf Dauer politisch, sozial und ökologisch zusammen, werden zu Failed States, in denen Warlords und Clans herrschen und die gesellschaftliche Struktur vorgeben. Diese Tendenz wird verstärkt, wenn es nach Ende der Blockkonfrontation häufig nicht mehr nur zwei Konfliktparteien gibt, sondern drei oder mehrere. Hier kann jeweils ein Teil der Kontrahenten, wenn sie zu unterliegen drohen, Zweckbündnisse gegen den oder die anderen eingehen. Im Nahen Osten und in Afrika verbreitet sich diese Konstellation durch das Auftreten des Islamismus. Dieser wurde zunächst vom Westen gefördert - als Taliban gegen die damalige UdSSR oder als Hamas gegen die sozialistische PLO/Fatah - und richtet sich jetzt gegen die ehemaligen Ziehväter. Gleichzeitig bestehen z.T. Strukturen der alten Ost-West-Logik fort, was z.B. in Syrien zu wechselnden Bündnissen mit dauerhaften Kriegshandlungen und totaler Vernichtung der Infrastruktur führt. Ähnliche Konflikte, z.T. vom Westen angefeuert, um Regimewechsel zu erreichen, bewirken auf Dauer auch eine Zerstörung der Staatlichkeit in ehemals relativ (zu ihrem Umfeld) wohlhabenden und funktionierenden Staaten wie Irak oder Libyen.

Das Problem der Failed States in Entwicklungsländern, dass ja auch ehemals relativ hoch entwickelte und stabile Staaten wie Syrien und Afghanistan in den 60er Jahren betrifft, kann sich auf industriell entwickelte Staaten ausdehnen, wenn auch hier längerfristig Bedingungen bestehen bleiben, in denen Dauerkonflikte die Gesellschaft unterminieren und die Staatlichkeit zerstören. Bedroht sind z.B. die Ukraine und Griechenland.

## **Ökonomisch-soziale Dauerkrise auch in Europa - Prekariat statt Proletariat**

In Europa hat die Dauerkrise bisher nur in Ausnahmefällen zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt. Umbrüche der Ökonomie und Folgen zunehmender wirtschaftlicher Machtgefälle wurden durch die Zerschlagung der Sozialsysteme, Einforderung individueller Flexibilität und Finanz- und Währungspolitik der EU und der EZB aufgefangen. Leidtragende sind die schwächeren Volkswirtschaften Südeuropas, insbesondere darin die sozial Deklassierten und die Jugend sowie das europaweit wachsende Prekariat.

Auch das "linke" Establishment<sup>1</sup> kann seine sozialen Versprechungen nach ausreichender Ernährung, Bildung, Gesundheit und dem Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen und einer lebenswerten Umwelt also nicht dauerhaft und nicht für alle Menschen einlösen. Das Establishment kann aber - mit Recht - auf die grundsätzlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte verweisen und sich damit noch wirkungsvoller als das herrschende Ideologien sowieso gerne tun - gegen die Kritik von den "Rändern" - gegenwärtig wesentlich von rechts - immunisieren. In dieser Immunisierung liegt die große Gefahr, nicht mehr mitzubekommen, was alles im Argen liegt, und deshalb bei allen Änderungen auf (systemimmanenten) Konsens zu setzen. Wesentliche Änderungen, auch einfache, garantiert nicht systemsprengende, die eigentlich auf der Hand liegen und seit Jahren umgesetzt werden könnten, werden nicht angegangen. Beispiele seien hier die dauerhafte Unterausstattung der Bildung sowie die Energiewende - insbesondere die Sektoren Energieversorgung, Wohnen, Mobilität -, weil es immer genügend starke Interessengruppen gibt - Energiekonzerne, Wohnungsbauunternehmen, Automobilkonzerne -, die dagegenstehen und das eigentliche Ziel ad absurdum führen.

In einer entsprechend festgefahrenen Lage sollte sich die Linke im Grundsatz von der Eingebundenheit ins Establishment befreien, will sie nicht, dass sich die zunehmende Anzahl Unzufriedener nur noch von rechts vertreten fühlt. Dies bedeutet auch, sehr vorsichtig mit Regierungsbeteiligungen umzugehen.<sup>2</sup>

### **1.3 Rechtspopulismus, Autokratie und Fundamentalismus**

Auch weil die wesentlichsten Teile der Linken (Linke Sozialdemokratie, Grüne, DIE LINKE) zum "Establishment" zählen - oder mindestens zu dem zählen, was die VertreterInnen des populistischen Lagers als solches bezeichnen, bleibt die Fundamentalkritik bis auf wenige Ausnahmen dem Rechtspopulismus, dem religiösen Fundamentalismus und

---

1 „Links“, weil das Establishment von Rechts (AFD- oder Trump-Wähler, aber auch CDU-Unterstützer, die Merkel lieber loswerden wollen) so gesehen wird und weil Viele aus dem Post-68-Establishments, sich auch selber noch links verorten. „Links“ in Anführungszeichen, weil es das in der Realität nicht (mehr) ist.

2 Koalitionen können nur eingegangen werden, wenn eine linke Partei (In Deutschland gegenwärtig „Die Linke“) wirklich das Bewusstsein aufrechterhalten kann - und nicht nur in Sonntagsreden erzählt -, dass die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft wichtiger sind als die Regierungsbeteiligung und dass sie selber also nicht zum Establishment gehören. Aktuelles Berliner Beispiel: „Egal, wie man zu Holm steht. Es ist schrecklich, wie sich rot-rot-grün hier jagen ließ. Die Linke verlor nach Meinungsumfragen noch nicht einmal Unterstützung. Trotzdem die innere Diskussion, dass diese Situation den Senat schwächt und dann die Aufgabe von Holm.

Diese Probleme sind mit selbstgemacht, weil man sich als Teil des bewertenden Establishments verhält/empfindet, auch wenn man es sich nicht eingesteht. Trump, der sagt und ausstrahlt: „Ist mir doch egal, was die in Washington denken.“, ist da viel stärker.

autokratischen/autoritären Lösungsangeboten vorbehalten<sup>3</sup>. Entsprechend wachsen Bewegungen wie Pegida, Taliban, Kreationisten, Reichsbürger bis zum Islamischen Staat als vorerst mörderischster Ausprägung rationaler Organisation auf irrational-menschenverachtender Grundlage. In demokratischen Staaten wie Ungarn, Russland, Ukraine, Türkei und möglicherweise jetzt auch Polen und die USA, setzen sich zunehmend autokratische Systeme und Führer durch, jeweils getragen durch eine nationalistische, "rechtspopulistische" Mehrheit im eigenen Lande, fremdenfeindlich und häufig kriegsbereit.

Es gibt eine Reihe spezifischer Entwicklungen, die diese „populistischen“ Ausbruchsversuche aus den oben geschilderten krisenhaften Entwicklungen z.B. mittels Wahlentscheidungen für reaktionäre und autoritäre Parteien befördern. Zwei dieser Entwicklungen möchte ich benennen, obwohl ich sie gegenüber dem Fehlen linker, emanzipatorischer Lösungsangebote letztlich als sekundär ansehe, da sie nur das "Wie?" und kaum das "Warum?" des wachsenden Rechtspopulismus erklären:

### **Kompliziertheit der Welt und auch ihrer (wissenschaftlich akzeptierten) Beschreibungen**

Durch technische Entwicklungen, die Globalisierung der Wirtschaft und das Internet ist die Welt so kompliziert geworden, dass immer weniger Menschen die Zusammenhänge verstehen können und sich "Höheren Mächten" hilflos ausgeliefert fühlen (müssen?). Dies war immer schon die wichtigste Grundlage zur Entstehung von (Aber-) Glauben. Zurückgedrängt wurde er von den Naturwissenschaften des 17. bis 19. Jahrhunderts und der sich parallel entwickelnden Aufklärung.

Die Welt ist heutzutage aber nicht nur objektiv in ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen kompliziert. Auch ihre wissenschaftliche Beschreibung hat seit Freud, Einstein, Bohr/Heisenberg, Heidegger, Lorenzen, Luhmann und einigen anderen einen Grad der Komplexität erreicht, den kein Mensch mehr in seiner Gesamtheit verstehen, und in dem immer weniger Menschen einen Überblick behalten können. Seit der allgemeinen Relativitätstheorie muss die Erde nicht mehr um die Sonne kreisen, das Bezugssystem kann beliebig gewählt und auch anders gerechnet werden. Ursache und Wirkung folgen laut Quantenphysik nicht immer in der herkömmlichen zeitlichen Reihenfolge aufeinander, und bei allem, was ich vor mir sehe, muss ich mich nach dem Konstruktivismus fragen, was davon auch andere Menschen als „objektiv“ bezeichnen würden und was ich selbst erzeugt habe.

Das verunsichert berechtigterweise auch „vernünftige“ Menschen. Zusätzlich ermöglicht es auch "objektiven" Scharlatanen Tür und Tor.

---

<sup>3</sup> Ausnahmen bestätigen dabei natürlich die Regel: 5 Sterne, Syriza, Podemos haben radikale aber auch Establishment-suchende Anteile. Mit Laiki Enotita - Einheit des Volkes - sind viele radikale Linke aus Syriza rausgegangen; ob das sinnvoll ist, sei dahingestellt. Es bleibt immer die gleiche Frage, ob Menschen, die radikale Veränderungen wollen, in große Organisationen reingehen können, ohne sich anzupassen. Diese Frage ist spannend, kann aber in diesem Text mit Sicherheit nicht beantwortet werden. Sie ist in diesem Zusammenhang aber auch nicht zentral. Die im zweiten Teil dieses Textes „Vorschlag für eine linke Perspektive - Staat, Markt und Alltagskommunismus“ vorgeschlagenen Schritte zielen nicht auf ein abruptes, revolutionäres Ereignis hin, für das ein „lupenreines“ revolutionäres Bewusstsein von Nöten wäre (und bei dessen Definition vermutlich im wesentlichen Sektierertum herauskommen würde).

- Warum soll das Deutsche Reich nicht fortbestehen? - einige sinnvolle verfassungstheoretische Argumente dafür gibt es ja. Wie also umgehen mit „Reichsbürgern“?
- Warum soll Homöopathie nicht funktionieren? - Eine D200 „Potenz“ - also Verdünnung um  $10^{-200}$  - weist zwar ziemlich sicher kein einziges Molekül des gewünschten Wirkstoffes mehr auf, aber vorher hat es ja vielleicht seine „Information“ - über Quantenverschränkung oder wie auch immer - an das Lösungsmittel, das wir zu uns nehmen, abgegeben, und letzteres heilt uns dann. Dieser Vergleich soll natürlich nicht Homöopathen mit Reichsbürgern auf eine Stufe stellen. <sup>4</sup>

Natürlich haben immer viele Menschen gelebt, die die jeweiligen wissenschaftlichen Auffassungen und Erklärungen und den sich daraus ergebenden „Stand der Technik“ nicht verstanden. Es ist aber neu, dass dieses fehlende Verständnis kein persönliches Problem oder eine persönliche Entscheidung mehr ist, bei der ich zu dumm bin, keine Zeit oder keine Lust habe, etwas zu verstehen und entsprechend zu lernen. Sondern diese Situation gilt, je nach Tiefe des angestrebten Verständnisses, für alle Menschen. Und dieses Wissen oder auch nur das Bauchgefühl, dass auch die da oben nur im Trüben fischen, verstärkt wiederum die Tendenz zur Scharlatanerie und zu Verschwörungstheorien.

Aber auch Menschen, denen das alles egal ist, die sich an die „alten Wahrheiten“ des „gesunden Menschenverstandes“ halten, die es nicht stört, nicht zu wissen, was eigentlich los ist, und die sich trotzdem oder auch gerade deshalb nicht von Scharlatanen einfangen lassen, kommen um die Kompliziertheit der Welt nicht herum.

- Wo früher ein Klempner oder Heizungsmonteur reichte, um Rohre zu verlegen und einen Heizkessel anzuschließen, muss jetzt ggf. eine Solarwärmeanlage eingebunden, eine Klimaanlage eingeregelt und die Wärmerückgewinnung der Abluft sichergestellt werden.
- Für die Arbeit einer Erzieherin reichte früher ein Hauptschulabschluss, sofern Liebe zu Kindern und Empathie vorhanden waren. Liebe und Empathie sind beim Zustand vieler Familien heute noch wichtiger als früher, aber zusätzlich werden eigentlich ein Abitur und ein entsprechendes sozialpädagogisches Studium benötigt, um adäquat auf die differenzierten sozialen Bedingungen, Herkunft, Fähigkeiten, Probleme und Bedürfnisse der Kinder eingehen zu können und sie für die Anforderungen der Zukunft „fit zu machen“.

Was sollen in dieser Situation aber die Menschen ohne Abitur machen, die nicht ihr Leben lang als VerkäuferIn, Putz- oder Wachkraft arbeiten wollen?

### **Medienverhalten und Kommunikationsstruktur**

Als Ausweg aus der Komplexität der Welt, ermöglicht durch das Internet und soziale Netze, hat sich ein Medienkonsum und ein Austausch über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen entwickelt, bei dem immer mehr Menschen ausschließlich in ihren jeweiligen sozialen Blasen kommunizieren und aus ihnen ihre Informationen über das Weltgeschehen

---

<sup>4</sup> Reichsbürger wie auch Homöopathen verlassen aber das in unserer Gesellschaft bisher allgemein akzeptierte und politik- bzw. naturwissenschaftlich anerkannte Weltbild. Der Vergleich soll auch nicht Homöopathen in die Nähe von Reichsbürgern rücken, sondern - wenn überhaupt - Reichsbürger in die Nähe von Homöopathen. Auch Reichsbürger sind philosophisch gar nicht so schlimm, nur politisch. Vielleicht werden sie gegenwärtig nach rechts geschoben. Als sie entstanden sind, hatten sie mit Nazis ganz überwiegend nichts im Sinn. Es geht an dieser Stelle auch nicht um die politische Gefahr, die von Gruppen ausgeht, sondern um deren Irrationalität. Dies soll auch an Gruppen verdeutlicht werden, die von der (aufgeklärten?) Mehrheit nicht sowieso - „weil böse“ - ablehnt werden.

erhalten. Zwar bestimmte auch früher die Wahl einer Tageszeitung die politische Grundtendenz der gelieferten Inhalte, aber zum einen hatte nicht jede Sekte eine Tageszeitung, mit der sie auch noch jede Ecke der Welt erreichen konnte. Zum anderen konnte nicht jeder Unsinn publiziert werden, weil die gedruckten Seiten auch am nächsten Tag noch vorhanden waren. Und gegen beweisbar falsche Meldungen konnte medial wie im Zweifel auch presserechtlich vorgegangen werden. Schreiben konnte man im Wesentlichen also nur das, zu dem man später auch stehen konnte und bereit war, es argumentativ zu verteidigen.

Dies gilt im Zeitalter des Internet nicht mehr, in dem ungeprüfte, aber für die jeweilige soziale Blase passende Informationen sich - zumindest innerhalb dieser Blase - in Windeseile verbreiten, ohne dass Fakten von Gerüchten und Meinungen zu unterscheiden sind. Erreichen solche Meldungen dann VertreterInnen anderer Blasen, können sie leicht abgewehrt werden als typischer Blödsinn der "Populisten", der "Rassisten" oder wahlweise der "Gutmenschen" und der "Lügenpresse". Sie belegen dann einmal mehr die grundsätzliche Dummheit und/oder Gefährlichkeit der anderen Gruppe.

### **Postfaktisches Zeitalter**

Beides zusammen, d.h. die Kompliziertheit der Welt und das geänderte Medienverhalten, führen zu dem, was als postfaktisches Zeitalter beschrieben wird. Es ist objektiv schwieriger geworden, Fakten als solche zu erkennen, auch "Fakten" sind relativiert. Zusätzlich ist es wesentlich einfacher geworden, Lügen oder reine Interpretationen zu verbreiten; und die sozialen Blasen in den Netzwerken dienen zur Verifikation der eigenen Ansichten: „Nicht nur ich sehe das so, sondern alle Freunde und Freunde von Freunden, die ich kenne und alle anderen Medien, zu denen ich von ihnen verlinkt werde. Wir sind das Volk oder zumindest 99 %. Anders sehen können das nur ganz wenige, gesteuert vom Establishment, der Lügenpresse oder - im geringeren Ausmaß - von links, gesteuert von den oberen 10.000 des weltweiten Finanz- und Monopolkapitals.“

## **1.4 Aktuelle Fragen**

Mit Begriffen wie Komplexität der Welt, Internet und Medienverhalten und Postfaktisches Zeitalter kann erklärt werden, wie der Prozess des Rechtspopulismus, der Scharlatanerie und der Verbreitung einfacher autoritärer und fundamentalistischer Lösungsangebote funktioniert.

Warum gibt es aber keine tragende linke Bewegung? Bei der Linken gibt es - erfreulicherweise - nicht nur einen Mangel allzu einfacher Lösungsangebote, sondern - fatalerweise - auch ein Fehlen systemsprengender Lösungsangebote. Dies sicherlich deshalb, weil die Linke zu einem großen Teil ins System bzw. "in das Establishment" eingebunden ist und ihr daher der Blick von außen abhandengekommen ist. Es fehlen also Antworten. Hinzu kommt, dass dort, wo solche Antworten - systemimmanent oder darüber hinausweisend - gegeben werden könnten, dies nicht geschieht, weil in der heutigen Kommunikationsstruktur kaum noch mit den Anderen geredet wird, weil es sich ja sowieso um „Deppen“ oder „Faschos“ handelt, die linke Positionen wiederum unter „Lügenpresse“ oder „linksgrün versiffte Gutmenschen“ einordnen.

Für die Linke stellen sich daher einige Fragen: Mit der Rechten diskutieren oder sie ausgrenzen? Das Establishment verteidigen oder (von links) angreifen?



## **Rechte ausgrenzen oder mit ihnen streiten?**

Diese Frage ist nicht neu, die Linke ist unter anderem an dieser Frage bereits in der Weimarer Republik gescheitert, und bei jeder Neonazi-Gruppe im Jugendfreizeitheim und jeder Wahl von NPD, Republikanern oder ähnlichen Parteien in ein Parlament, egal auf welcher Ebene, stellt sie sich neu. Als in den meisten Fällen sinnvolle Antworten haben sich herausgestellt:

- In der Gesellschaft: Möglichst unterscheiden zwischen organisierten Rechtsextremen und "Mitläufern"; erstere möglichst ausgrenzen und mit letzteren reden, sie mit den Konsequenzen ihrer eigenen Sprüche konfrontieren und sie so aufklären.
- In Parlamenten und Verwaltungen: Keine aktive Kooperation; sie aber auch nicht ständig zum Thema machen, sie nicht mittels Rechtsbeugung oder Gesetzesänderung ausgrenzen, sie in der Alltagsarbeit entlarven und idealerweise sich selbst in innerparteilichen Kämpfen zerlegen lassen, was bisher in der Bundesrepublik auch immer geklappt hat.

Gegenwärtig ist das komplizierter geworden. Zum einen, weil mit Aufkommen der AfD eine Partei existiert, die mehr als nur regional oder in einzelnen Ländern Wahlerfolge hat und die nicht nur rechtsextreme Wurzeln hat<sup>5</sup>. Zum anderen aber ist die Unterscheidung zwischen Mitläufern und organisiertem Kern schwieriger geworden, vor allem durch die Aspekte des Postfaktischen Zeitalters (s.o.). Jeder und jede kann z.B. bezogen auf einen "Lügen-Journalisten" - möglicherweise nur aus einer Stimmung heraus - in seinem sozialen Netzwerk mit einem Post wie "Den sollte man abfackeln." - zum gelikten und geteilten Agitator und Organisator werden. Hinzu kommt, dass meist auch die demokratische/linke Gegenseite in ihrer eigenen Blase kommuniziert und deshalb die Diskussionen der Rechten und ihres Umfeldes nicht wirklich mitbekommt. Es droht also ein Abstempeln von Menschen zu "Nazis" oder mindestens "Rassisten", die sich subjektiv überhaupt nicht so fühlen und es in weiten Teilen ihres Alltags auch nicht sind.

Es ist daher in der heutigen Situation wichtig, sehr zurückhaltend mit der Strategie der Ausgrenzung zu sein und stark auf Diskussion und "Spiegel vorhalten" zu setzen: "Willst du wirklich, dass jemand ermordet wird?". Seit der Wahl von Trump - auch die Journalisten und Wahlforscher hatten hier offensichtlich den Wahlausgang stark aus ihrer Blase heraus vorhergesagt - scheint sich diese Position auch mehrheitlich durchzusetzen.

## **Establishment verteidigen oder angreifen?**

Auch die Frage, ob das wie oben definierte Establishment politisch angegriffen oder verteidigt werden sollte, wird gegenwärtig in der Linken diskutiert. Als deutsches Beispiel sei hier Merkel genannt, die insbesondere für ihre Flüchtlingspolitik in einer Weise von rechts angegriffen wird, dass sich auch große Teile der radikalen Linken zu ihrer Verteidigung verpflichtet fühlen. Und tatsächlich lässt sich auch hier eine auf den ersten Blick einfache Antwort finden: sie dort zu unterstützen, wo sie aus linker/sozialer/humanistischer Sicht richtig handelt, und sie dort politisch anzugreifen, wo sie das nicht tut. In den USA und von dort nach Europa getragen ist der Streit schon heftiger, wenn sich nach der Trump-Wahl die Frage stellt, ob die Linke nicht doch hätte mit aller Macht versuchen sollen, Sanders als Kandidaten durchzusetzen. Aber: Hätte dieser mehr Stimmen bekommen, als die Vertreterin

---

<sup>5</sup> Letzteres ändert sich möglicherweise, wenn die CDU sich weiter nach rechts wendet und den rechts-konservativen Flügel der AfD wieder aufnimmt. Bereits in den letzten Jahren seit ihrer Gründung ist die AfD mehrheitlich weiter nach Rechtsaußen gegangen.

des Establishments Clinton oder hätte er als ausgewiesener Linker noch mehr Wechselwähler aus der "Mitte" zu Trump getrieben?

Um überhaupt wieder Alternativen von links anzubieten, die über das Establishment hinausgehen, sollte grundsätzlich auf Angriff/politische Offensive gesetzt werden (vgl. ökonomisch-soziale Dauerkrise), was natürlich nicht heißt, nicht auch sozialdemokratische oder konservative Menschen gegen Nazis und andere Reaktionäre in Schutz zu nehmen.

Auch hier wird das völlige Fehlen einer glaubwürdigen linken, System überwindenden oder mindestens ernsthaft ändernden Perspektive deutlich.

Was müsste eine solche Perspektive denn auszeichnen? Hierzu einige Erläuterungen.

Um sich bei einem politischen Angriff zur Durchsetzung dieser Perspektive nicht lächerlich zu machen, müssen seine Ziele nachvollziehbar und einigermaßen glaubwürdig sein und auch mittelfristig erreichbare Elemente enthalten<sup>6</sup>. Gleichzeitig muss er „das Unmögliche“<sup>7</sup> fordern“ um Wirkung zu entfalten.

Gegenwärtig wird das Unmögliche, d.h. das unmöglich Scheinende,

- entweder gar nicht mehr gefordert - in der SPD, der Mehrheit der Grünen und Teilen der LINKEN -,
- oder als nur gewerkschaftliche, soziale Forderung aufgestellt (Lohnerhöhungen, soziale Sicherheit), für deren Erfüllung dann das System zuständig ist, was es teilweise tatsächlich kann. Wenn es dadurch in Probleme gerät, wie in Deutschland letztmalig Anfang der 2000er Jahre, erfüllt es entsprechende Forderungen nicht mehr und reagiert mit Sozialabbau wie der Agenda 2010 unter Rot-Grün.<sup>8</sup>
- oder in eine linksradikale Theorie verpackt, die gerne eine zukünftige Revolution vorbereiten möchte, welche aber offensichtlich in der näheren Zukunft nicht ansteht und die deshalb über Lamentieren und Diskussionszirkel nicht herauskommt,

---

6 Das „Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus“ von Bertolt Brecht gilt nicht mehr unhinterfragt. In diesem Gedicht vergleicht Brecht Menschen, die im Kapitalismus bleiben wollen, weil sie nicht genau wissen, was danach kommt, mit Bewohnern eines brennenden Hauses, die dieses nicht verlassen, weil es draußen ja regnen könnte. Ich denke dieses Gleichnis gilt nicht in einer Zeit, in der die Zerschlagung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu dauerhaften Bürgerkriegen und zur Herrschaft von Warlords führt, als dass sie in eine friedliche, sozialistische, produktive und nachhaltige Gesellschaft mündet. In einer solchen Situation müssen die Alternativen aufgezeigt werden, bevor VW, BAYER, Deutsche Bank, Allianz etc. geschleift werden können. Wobei mindestens zwei der aufgezählten Konzerne gerade dabei sind, dies alleine zu erledigen.

7 Nach dem Che Guevara zugeschriebenen Satz "Seid realistisch - fordert das Unmögliche!"

8 Soweit gewerkschaftliche Forderungen aufgestellt werden, die im System nicht erfüllbar sind, geschieht dies in der Hoffnung, dass sich diese dann zu systemüberwindenden Forderungen und Reformen entwickeln würden. Dies ist mehr als trügerisch, wenn die Fordernden selber gar nicht wissen, wie die Systemüberwindung aussehen soll. In diesem Text wird wenig eingegangen auf den alten sozialdemokratischen oder skandinavischen Weg des Kapitalismus. Hierzu ist von linker Seite schon viel geschrieben worden. Dieser Weg endet immer, wenn es im Spannungsfeld Kapital/Markt und Staat/Bürokratie keine Wahlmöglichkeit mehr gibt und die Regierung gezwungen wäre, Politik gegen die Sachzwänge des Kapitalismus und nicht nur gegen Extraprofiten einzelner Kapitalfraktionen zu machen. Letztendlich wäre die Voraussetzung, damit ein „dritter Weg“ funktionieren kann, eine Beschneidung des Kapitals derart, dass seine Sachzwänge nicht mehr maßgeblich sind, dann könnte man auch gegen sie regieren. Es gäbe dann kein „Too big to fail“ mehr. Dieser Text schlägt - gegenüber den bisherigen Ideen vom 3. Weg - Alltagskommunismus und Dezentralität als wichtige zusätzliche Bestandteile einer Wirtschaftslogik vor, die eine entsprechende Beschneidung des Kapitals schon vor der Krise ansteuert.

- oder - für einen kleinen Teil der Autonomen - durch das Abfackeln von PKW beschleunigt werden soll.

Im Folgenden möchte ich daher einen Vorschlag für eine glaubwürdige, auch systemändernde, linke Perspektive machen, deren Grundideen neben den klassischen linken Theoretikern auf die Arbeiten von Hannah Arendt - insbesondere "Vita activa oder Vom tätigen Leben" - und David Graeber - "Schulden die ersten 5000 Jahre" und "Bürokratie" zurückgehen.

## 2 Vorschlag für eine linke Perspektive - Staat, Markt und Alltagskommunismus

### 2.1 Voraussetzungen

Die folgenden Vorschläge einer neuen Perspektive auf z.T. schon bestehende politische Praxen haben einige Voraussetzungen, die ich hier kurz benennen, aber nicht weiter ausführen möchte, weil sie schon mehrfach und ausführlich erarbeitet wurden, was ich nicht besser wiederholen könnte.

- Eine Voraussetzung ist die Einsicht in die Notwendigkeit einer globalen sozialökologischen Wende, wie sie beispielsweise vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Hauptgutachten von 2011 unter dem Titel "Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" beschrieben wird. Weitere häufig auf einzelne Politikfelder eingehende Arbeiten finden sich beispielsweise bei den Stiftungen der Rot-rot-grünen Parteien.
- Eine weitere Voraussetzung ist die für Linke eigentlich selbstverständliche Erkenntnis, dass Fortschritte aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen ganz überwiegend erkämpft werden müssen und nicht im Konsens oder indem sie in einem Koalitionsvertrag formuliert werden, erreicht werden. Diese Selbstverständlichkeit fehlt - ebenfalls verständlich - meist in staatlichen Papieren wie dem des WBGU, leider mittlerweile auch in vielen Analysen und Strategien von Initiativen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NRO), sei es, weil sie in Auftragsarbeit für staatliche Institutionen erstellt werden oder weil sie von ihrem Selbstverständnis her als Teil des "Establishments" nicht mehr in Widersprüchen denken. Erfreulicherweise gibt es aber aus den letzten Jahrzehnten viele Erfahrungen aus diversen fortschrittlichen sozialen Bewegungen, wie diese Kämpfe geführt werden können.

### 2.2 Ansätze, auf die sich dieser Text bezieht

Klassische ökonomische Theorien unterscheiden hauptsächlich zwischen marktwirtschaftlich/kapitalistischen und staatlich/öffentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten. Insbesondere durch die feministische Theorie wurde deutlich, dass damit ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit unterschlagen wird, die z.B. als Versorgungs-, Erziehungs- und Hausarbeit im privaten Bereich geleistet wird. Im Folgenden soll es aber nicht nur um den vom Feminismus insbesondere untersuchten Bereich der Reproduktion gehen, sondern auch um andere selbstverständliche, nicht monetarisierte Tätigkeiten: gegenseitige Hilfe im Garten, Verleih von Werkzeugen unter Bekannten oder Kollegen, Unterstützung in Familienbetrieben etc.

Hannah Arendt hat - sehr stark verkürzt - dargestellt, wie eine Reduzierung auf diese Tätigkeiten aber ebenso auf notwendige, unkreative, vorgegebene Arbeitsprozesse in anderen Rahmen oder Zusammenhängen, einen faktischen Ausschluss aus der demokratisch-politischen Gesellschaft bedeutet.

David Graeber hat - ebenfalls sehr stark verkürzt - diesen Bereich wirtschaftlichen Handelns verallgemeinert und bezeichnet ihn in "Schulden ..." als Kommunismus, der die Grundlage jedes Wirtschaftssystems darstellt. Eine Grundlage, ohne die es nicht auskommen kann, weil das selbstverständliche Tun des Notwendigen extrem effizient ist - ein Grund übrigens,

warum schlecht ausgestattete Bürgerinitiativen schnell auf die Anforderungen der Flüchtlingswelle reagieren konnten, während die (insbesondere die Berliner) Verwaltung gezeigt hat, zu welchem Unfug und welcher Unfähigkeit Bürokratie in der Lage ist.<sup>9</sup>

Um nicht in Namensdebatten mit KommunistInnen zu kommen, die den Begriff Kommunismus anders verwenden, wähle ich den ebenfalls bereits bestehenden Begriff *Alltagskommunismus*<sup>10</sup> für alle selbstverständlichen (re)produktiven Tätigkeiten, die nicht kapitalistisch oder öffentlich organisiert sind, d.h. die, bzw. deren Produkte, nicht auf einem Markt eingekauft und/oder staatlich zur Verfügung gestellt werden.

### **Demokratie und Selbstwirksamkeit - Die Polis heute denken**

Hannah Arendt<sup>11</sup> unterscheidet zum einen zwischen dem Raum des Öffentlichen und dem Bereich des Privaten. Hierbei findet das Verlassen des Reiches der Notwendigkeit und der Eintritt in das Reich des freien Sprechens und Handelns, in gewisser Weise die eigentliche Menschwerdung des Zoon politikon, im öffentlichen Raum statt. Zu diesem Raum, zur Polis, hatten in der griechischen Antike Sklaven, Barbaren und Frauen keinen Zutritt, was wir heutzutage anders sehen würden.

Hannah Arendt unterscheidet zum anderen zwischen den Tätigkeitsformen Arbeit, Herstellen und Handeln.

“Arbeit” ist demnach eine Tätigkeit, die notwendig für das Leben und die Reproduktion ist, aber nichts Neues schafft, was nicht sofort wieder verbraucht werden muss. Traditionell würde Feldarbeit, aber auch Hausarbeit dazu gehören.

Beim “Herstellen” verdinglicht Homo faber, der schaffende Mensch, dagegen die Welt. Geräte und Maschinen werden geschaffen, die nicht - jedenfalls nicht sofort - wieder verschwinden, indem sie konsumiert werden, sondern die Lebensbedingungen und die Bedingungen für die „Arbeit“ verändern und verbessern.

“Handeln” schließlich heißt politisches und soziales Tätig-sein, Interaktion mit anderen Menschen, in denen sich der Handelnde immer auch selbst enthüllt. Mit dem hohen Freiheitsgrad des Handelns sinkt aber auch die Vorhersehbarkeit ihres Ergebnisses. Wenn ich das Bad putze, so kann ich davon ausgehen, dass es danach sauber ist. Wenn ich ein Fahrrad zusammenschraube, so wird es vermutlich für einen gewissen Zeitraum funktionieren und mir die Fortbewegung erleichtern. Wenn ich mich aber mit anderen Menschen gemeinsam daran beteilige, dass eine rotgrüne Regierung gewählt wird, so kann ich vom Kriegseintritt Deutschlands und von Hartz IV überrascht werden.

Beim „Handeln“, bei dem immer auch andere Menschen beteiligt sind, die ihrerseits handeln, steht das Ergebnis vorher also nie fest.

Da sich der Mensch als Person im Handeln und Sprechen enthüllt, d.h. sich in seiner Einzigartigkeit darstellt, bleibt das Ziel einer demokratischen Gesellschaft, allen Menschen

---

9 Die Bürgerinitiativen haben allerdings auch nicht versucht, die Unterbringung von 1000en zu organisieren, sich nicht – natürlich nicht – an denselben Maßstäben gemessen. Dennoch wurde deutlich, dass sie wesentlich effektiver waren und es geht ja auch nicht um den Ersatz des öffentlichen Sektors, sondern um dessen bewusste Vernetzung mit alltagskommunistischen Strukturen.

10 Unter „Alltagskommunismus“ subsumiere ich zum einen Wirtschaftssubjekte und -formen des Kommunitarismus, solange sie sich nicht ununterscheidbar an andere, kapitalverwertungsgetriebene Marktsubjekte angepasst haben. Zum anderen gehören privatere, familiäre, nachbarschaftliche nicht-formelle Strukturen dazu, die nicht-kapitalistisch Werte schaffen.

11 Hannah Arendt “Vita activa oder Vom tätigen Leben”, Piper Verlag München Zürich 14. Auflage 2014, ISBN 978-3-492-23623-2

einen Anteil am - im Arendtschen Sinne - Handeln zu ermöglichen, selbstverständlich eingebunden in die ja formal erreichte Beteiligung Aller an der Polis. Hieraus lässt sich ableiten, was direkte Demokratie leisten muss, warum dezentrale Strukturen, in die notwendigerweise mehr Betroffene handelnd und entscheidend eingebunden sein können, demokratischer sind als sehr große Einheiten.

Es wird aber auch deutlich, wo direkte Demokratie mit - technisch mittlerweile evtl. möglichen - Abstimmungs-Marathons und mit dem Anspruch „Jeder muss zu allem befragt werden.“, obwohl sein Lebens- und Handlungsbereich nicht erheblich betroffen ist, in die Irre geht. Unabhängig davon gibt es selbstverständlich viele zentrale Entscheidungen, die repräsentative Demokratie benötigen, aber diese sind eben nicht möglichst häufig anzustreben, sondern als Notwendigkeit anzusehen, um gerechte und gemeinsame Lebensgrundlagen zu schaffen, wenn dezentrale Strukturen dies nicht leisten können.<sup>12 13</sup>

Auch das immer weitere Streben nach Effizienz und gesteigerter Produktivität läuft häufig in die falsche Richtung nämlich zum Abbau von Handlungsmöglichkeiten. Dies aus zwei Gründen: Zum einen geht damit häufig ein Aufbau immer zentralerer Strukturen verbunden mit dem Rückgang von Demokratie und Handlungsmöglichkeiten einher<sup>14</sup>. Zum anderen soll

---

12 Dezentralität gehört daher zu den wichtigen Thesen in den hier gemachten Vorschlägen. Sie ist dennoch kein Selbstzweck. Es ist zweifelhaft, dass dezentral im Schnitt bessere Entscheidungen gefällt werden, sicher auch keine schlechteren. Aber mehr Menschen sind an den (vielen) dezentralen als den (wenigen) zentralen Entscheidungen praktisch beteiligt. D.h. wenn z.B. zwanzig kleine Bau- oder Investitionsentscheidungen getroffen werden, sind vermutlich in der Summe mehr Menschen daran beteiligt, als wenn nur eine große Entscheidung getroffen wird. Mehr Menschen entscheiden also über ihre konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen. Mehr Menschen können im Sinne H. Arendts „handeln“ und nicht nur „arbeiten“ oder „herstellen“. Außerdem ist bei dezentralen Entscheidungen die Gefahr von Fehlentscheidungen nicht so hoch, d.h. dezentrale Strukturen sind fehlertoleranter, zumindest wenn aus den Fehlentscheidungen auch diejenigen Menschen lernen können, die sie nicht selbst getroffen haben, aber an anderer dezentraler Stelle vor einer ähnlichen Frage stehen.

13 Es stellt sich die Frage, ob möglichst hohe Freiheitsgrade in der eigenen Tätigkeit für alle Menschen eine Priorität darstellt, oder - selbst wenn die Aussage von Hannah Arendt über deren Anwachsen von der Arbeit über Herstellen zum Handeln eine Allgemeingültigkeit darstellt - nicht nur für sie und ähnlich veranlagte Menschen gilt. Andere könnten es auch als Freiheit ansehen, einen einfachen, körperlichen Job mit wenig „Freiheitsgraden“ zu machen, z.B. in der Natur, und sich nicht notwendiger Weise ständig mit der Komplexität von Sprechen und "Handeln" befassen zu müssen. Auch wenn dies so ist, so muss die Frage erweitert werden zu den „Freiheitsgraden“ oder der „Offenheit“ bei Verrichtung der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten und zusätzlich bezüglich der Freiheit außerhalb dieser notwendigen Tätigkeit. Eine wenig komplexe Arbeit, mit wenig Freiheitsgraden für 20 Std. in der Woche (mehr wäre heutzutage schon lange nicht mehr nötig) ist für viele Menschen sicher genau das Richtige, wenn die gewonnene Freizeit dann persönlich sinnvoll genutzt werden kann. Gegenwärtig ist es aber so, dass eher ein Mangel an persönlich sinnvoller Arbeit herrscht; hervorgerufen durch mangelnde Freiheitsgrade, wobei Fließbandarbeit weniger wird, dafür die Einschränkungen bei den Tätigkeiten zunehmen, die früher zum „Handeln“ gehörten auf das Niveau maximal des Herstellens. Meist wird diese Änderung dann als „Professionalisierung“ geadelt, die in der Praxis allerdings nur mit mehr oder weniger Erfolg funktioniert.

Unabhängig von dieser Diskussion sollten möglichst alle Menschen die Möglichkeit zur Arbeit mit vielen Freiheitsgraden haben, wenn sie dies wünschen.

14 Bisher wurde Effizienz meist mit zentralen Strukturen assoziiert. Zentrale, große Strukturen bedeuten große Stückzahlen in der Produktion und sind in vielen Fällen tatsächlich effizient. Auch die behauptete Effizienz eines freien Welthandels und der Globalisierung geht darauf zurück. Jetzt muss sich jedes Land nicht mehr um alles kümmern, sondern nur noch um das, was es besonders gut kann und damit dann – mit einigen anderen großen Konkurrenten – die Weltbevölkerung versorgen. Vielleicht ändert sich das allerdings wieder im Rahmen der Industrie 4.0 mit 3D-Druckern etc. und mit Codes, die beliebig vervielfacht werden und dezentral genutzt werden können.

die Produktivitätssteigerung häufig aber auch durch ein Ersetzen des „Handelns“ durch „Herstellen“ erreicht werden. Was technologisch geregelt werden kann - versucht wird dies zunehmend auch im sozialen Bereich - scheint effektiver und vorhersehbarer, als wenn Menschen mitreden und entscheiden können.

Neben der erhofften höheren Effektivität von Herstellen gegenüber Handeln kann nach der Beschreibung von Max Frisch auch die Angst eine Rolle spielen, die Homo faber vermutlich eher vor dem „Handeln“ als vor dem Herstellen hat. Dass dieser Ersatz des Handelns durch Herstellen dann immer wieder doch nicht funktioniert und die Menschen als unberechenbare Störgröße ausbrechen und neue Sozialprogramme, Kliniken und Gefängnisse erforderlich machen, ist für Homo faber - sei er Ingenieur oder Verwaltungsbeamter - unverständlich.

### **Alltagskommunismus**

Nach David Graeber<sup>15</sup> hat grundsätzlich jede Gesellschaft Anteile an den drei Wirtschaftsformen Alltagskommunismus, Markt und Staat. Die politische Auseinandersetzung geht meist um den Streit Staat oder Markt, wobei dann höchstens noch demokratische Elemente wie Genossenschaften im Marktgeschehen oder Dezentralität zur besseren Mitbestimmung eingefordert werden. Der Alltagskommunismus wird dagegen von beiden Fraktionen eher zurückgedrängt, sei es vom Kapital, um neue „Marktfelder und Verdienstmöglichkeiten zu erschließen“, wodurch der Markt naturwüchsig jeden Lebensbereich zu durchdringen versucht, sei es vom Staat, um Schwarzarbeit zu bekämpfen, um soziale Kontrolle zu erlangen (um Frauen vor häuslicher Ausbeutung zu schützen), um Sicherheitsstandards durchzusetzen oder aus anderen ehrenwerten oder weniger ehrenwerten Gründen.

Seit Jahrzehnten versuchen Theoretiker wie Praktiker Alternativökonomien zu entwickeln, deren Ziele üblicherweise folgende sind:

- Aufbau lokaler Wirtschaftskreisläufe (z.T. mit lokalen Währungen)
- Zurückdrängung des Einflusses von Großkonzernen und Banken unter dem Schlagwort „Small is beautiful“
- Abkopplung von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus
- Demokratischer, z.B. genossenschaftlicher Unternehmensaufbau
- Ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften

In der Praxis haben solche Ansätze viel Positives erreicht. Sie wurden aber, wenn sie dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich waren, über kurz oder lang Teil des kapitalistischen Systems und damit dessen Zwängen und Verwertungsregeln unterworfen. Ein Beispiel aus den letzten Jahren seien hier die Mikrokredite, für deren Entwicklung 2006 der Friedensnobelpreis - nicht der für Wirtschaftswissenschaften! - vergeben wurde. Die Mikrokredite wurden entwickelt, um in armen Regionen Afrikas und Asiens Grundkapital für handwerkliche oder kleinbäuerliche Produktion aufzubringen, wobei es sich im Einzelfall aus Sicht von Kapitalgesellschaften und selbst von größeren Entwicklungshilfeorganisationen jeweils eher um Spielgeld als um relevante Kapitalmengen handelt. Mit ihrer „Erfolgsgeschichte“ stellen diese Systeme mittlerweile sicher, dass die Börsen in London, Frankfurt und New York jetzt auch mit den Zinsen der Ärmsten dieser Welt ihre Gewinne

---

15 David Graeber, „Schulden, die ersten 5000 Jahre“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2012, ISBN 978-3-608-94767-0

steigern können.<sup>16</sup> Es geht hier aber gerade nicht um die Denunziation von „fiesem Pfandleihern“, sondern darum, dass auch wohlmeinende, engagierte Friedensnobelpreisträger sich der Logik des Kapitals nicht entziehen können. Die Börse sucht nichts dringender als Geldanlagemöglichkeiten – nicht nur für Superreiche, sondern auch für das Geld, das westliche Normalverdiener für ihre Rente auf die Bank bringen. Und wenn es Mikrokreditsysteme gibt, dann werden diese gekauft, um diesen Normalverdienern Zinsen zahlen zu können (oder um gegenwärtig zumindest keine Negativzinsen der Zentralbank weitergeben zu müssen). Die Armen bleiben bei dem System arm, aber es geht ihnen etwas besser als vorher (siehe Teil 1 „Ausgangslage“ dieser Analyse). Gleichzeitig besitzen mittlerweile acht reiche Menschen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, nämlich 3,5 Mrd. zusammen, und entsprechend verschärfen sich die Widersprüche dieses Systems.

Wo die alternativökonomischen Ansätze dauerhaft weniger erfolgreich – d.h. in der Regel verglichen mit ihren kapitalistischen „Mitbewerbern“ weniger effizient<sup>17</sup> – waren, wurden sie entweder vom Markt verdrängt und damit beendet oder Teil eines subventionierten zweiten oder dritten Arbeitsmarktes, wiederum angewiesen auf die Alimentation aus dem Steueraufkommen des bestehenden Systems. Eine eigenständige Größe, die Staat, Markt und Alltagskommunismus verbindet, hat sich aus den Ansätzen der Alternativökonomie bisher nie entwickelt und m. W. wurde dies auch nie strategisch angestrebt. Hauptsächlich definieren sich diese Ansätze als im Gegensatz stehend zum Kapitalismus. - Aus kapitalistischer Sicht heißt dieses „im Gegensatz“ allerdings nichts anderes als „im Wettbewerb“ stehend, was nichts Neues, sondern eines seiner definierenden Elemente darstellt und mit Sicherheit integrierbar ist. Dies gilt ebenso für einen genossenschaftlichen Wirtschaftsansatz. Dennoch soll dieser nicht einfach dem „Markt“ zugeschlagen werden, da - zumindest kleinere - Genossenschaften u.Ä. auch eine Möglichkeit darstellen, alltagskommunistisches Wirtschaften zu formalisieren. „Nach außen“ sind sie dann allerdings normale Marktteilnehmer und - je größer sie werden - auch immer stärker nach innen, weiterhin aber mit einer relativ demokratischen Eigentümerstruktur.

---

16 vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/geld/mikrokredite-arm-und-abgezockt-1.20635>

17 Die Frage der Effizienz kann grundsätzlich bei Alltagskommunismus und Dezentralität ein Problem darstellen – obwohl es auch viele Fälle gibt, wo deren gewachsene, „automatische“ Verantwortlichkeiten im Vergleich zu Kapital und Bürokratie hoch effizient sind. Tendenziell spricht aus den Vorschlägen aber ein Abbau von Arbeitsteilung, was Effizienz drücken kann. Überspitzt gesagt: jede/r putzt, baut, kinderbetreut, gärtner usw. selbst. Weniger Zeit bleibt dann für das, was jedeR besonders gut und/oder schnell erledigen kann.

Hier muss jeweils ein Optimum gefunden werden, wobei in einer hochproduktiven Gesellschaft der effizienteste nicht immer auch der beste Weg sein muss. Beispiel Landwirtschaft mit den Vorteilen einer weniger effizienten Bio-Produktion. Abgesehen davon hat sich die Arbeitsteilung effizienzgetrieben über eine gesellschaftlich sinnvolle Struktur hinaus entwickelt. Gegenwärtig führt die Arbeitsteilung und die damit verbundene hohe Zentralisierung z.B. mit dazu, dass in Deutschland 30 % der Lebensmittel weggeworfen werden, bevor sie die Kunden erreichen, Quelle: <http://www.wwf.de/2015/juni/das-grosse-wegschmeissen/In> der deutschen Wirtschaft werden jährlich 45 Mrd. € für Werbung ausgegeben - weltweit über 500 Mrd., das Doppelte von dem, was nötig ist, um bis 2030 den Welthunger zu beseitigen. Quellen: <http://www.zaw.de/zaw/aktuelles/meldungen/160519-ZAW-Jahresbilanz-Werbewirtschaft-2015.php> <http://www.handelszeitung.ch/politik/welt-ohne-hunger-kostet-267-milliarden-dollar-810985>



## 2.3 Staat, Markt und Alltagskommunismus zusammendenken

Der hier dargestellte Vorschlag skizziert die Idee, Staat, Markt und Alltagskommunismus bei der Entwicklung einer Alternativökonomie zusammenzudenken. Dies setzt voraus, bei ihrem Aufbau, nicht nur kleinteilig - jeweils Projektbezogen -, sondern auch gesamtgesellschaftlich vorzugehen.

Um eine Leitlinie politischen und wirtschaftlichen Handelns zu erhalten, müssten grundsätzlich die o.g. Bereiche produktiven Handelns danach aufgeteilt werden, welche Wirtschaftsform als die jeweils sinnvollste erscheint. Außerdem müssten alle Bereiche mit demokratischer Kontrolle versehen werden, was ja durch Gewerkschaften, Betriebsräte, Bürgerbeteiligungen, Wahlen, Bürgerbegehren, aber auch für Jugendämter sowie Arbeits- und Sozialgerichte etc. nichts Neues ist. Im Sinne der Demokratisierung und der Vermeidung entfremdeter Arbeit soll hier folgende Wirtschafts-Hierarchie<sup>18</sup> vorgeschlagen werden:

- Alltagskommunismus
- Öffentlich/Staat
- Markt/Kapital

Diese Hierarchie sagt aus, dass eine Tätigkeit, die (fast) gleich gut in allen drei Bereichen produktiven Handelns organisiert werden kann, im Rahmen des Alltagskommunismus erledigt werden sollte. Ist diese Wirtschaftsform unmöglich oder extrem ineffizient, sollte zunächst eine öffentliche und erst danach eine marktförmige Umsetzung ins Auge gefasst werden. Zusätzlich kann das politische Ziel, bestimmte Güter der Daseinsvorsorge (Wohnen, Lebensmittel, Bildung, Infrastruktur, Energie, ...) nicht den Marktkräften überlassen zu wollen, hier alltagskommunistisches oder öffentliches wirtschaftliches Handeln notwendig machen, obwohl der Markt sie evtl. effizienter anbieten kann.

Die Hierarchie bevorzugt Alltagskommunismus und öffentliche Wirtschaftsformen, weil diese i.A. naturwüchsig demokratischer und dezentraler umsetzbar sind, hier also mehr Menschen mitentscheiden und „Handeln“ können, d.h. in möglichst vielen Bereichen die „Entscheidenden“ mit den „Ausführenden und direkt Betroffenen“ übereinstimmen. Hinzu kommt, dass die Entscheidungen einfacher offengelegt werden können, während Konkurrenzsysteme Betriebsgeheimnisse etc. voraussetzen.

Die letzte Stelle für Markt/Kapital in der Hierarchie ist aber keine moralische Kategorie. Nach allen Erfahrungen wird es viele Tätigkeiten geben, die - oder deren Güter - auf eine Allokation über den Markt ausgerichtet sind. Selbst in strengen „Staatwirtschaften“ war dies der Fall. Diesen „Marktbereich“ moralisch abzuwerten war eines ihrer Fehler. Auch die Abfallhierarchie sagt nichts über die Moral von Abfallbehandlungsanlagen aus, dennoch ist die Vermeidung von Abfällen sinnvoller.

Die Argumente der heutigen politischen Auseinandersetzung um Staat oder Markt benennen meist die Nachteile und unheilvollen Folgen des jeweils nicht präferierten Modells, wobei das jeweils bevorzugte wesentlich nachsichtiger bewertet wird. Und tatsächlich haben beide Systeme - auch in Kombination miteinander - eine hohe Effizienz entwickelt und viele Menschheitsprobleme abgemildert (s.o.). Und doch führen sie gleichzeitig mit ihrem weiteren Wachstum zu neuen Problemen und teilweise haarsträubenden Absurditäten.

---

<sup>18</sup> Diese Wirtschaftshierarchie kann entsprechend der Abfallhierarchie in der Abfallwirtschaft, bzw. -gesetzgebung verstanden werden.

**Der Vorschlag, Gemeinwohlökonomie oder wie auch immer sie genannt werden kann, aus den Bausteinen Alltagskommunismus, Staat und Kapital zu entwickeln, zielt nicht auf einen dritten, neu ausgedachten Weg, sondern auf die sinnvolle Kombination der bekannten Bausteine unter besonderer Förderung allerdings des kommunistischen Elements, das immer weiter zurückgedrängt wurde und zwischen Staat und Kapital kaum noch einen Platz findet, was nicht nur wirtschaftlich sondern auch aus demokratischer und sozialer Sicht problematisch ist. Arendtsches Handeln wird verdrängt und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten werden verhindert bzw. auf den reinen Freizeitbereich und/oder auf dafür vorgesehene staatliche oder privatwirtschaftliche Einrichtungen wie Bildungseinrichtungen, Freizeitparks, Psycho- und Reha-Kliniken, Sportvereine oder esoterische Zirkel begrenzt.**

In einer Zeit, in der der kapitalistische Markt ebenso wie die bürokratischen Systeme immer mehr Menschen und ganze Regionen aussortieren, nicht mehr benötigen und zu Objekten deklassieren und gleichzeitig immer mehr sinnvolle Lösungen durch Regeln behindern, hat der Alltagskommunismus mit Sicherheit Nachholbedarf. Hinzu kommt, dass durch die moderne IT möglicherweise Lösungen für dezentrale Kultur, Produktion, Konsumtion etc. geschaffen werden.

Soziale Netzwerke - sicherlich öffentlich und transparent und nicht länger privatwirtschaftlich zu organisieren -, Tauschökonomie und 3D-Drucker bieten in ihrer Kombination die Möglichkeit zu neuen alltagskommunistischen, dezentralen und kleinstmarktwirtschaftlichen Wirtschaftsstrukturen.

Beispiele zur Illustration, was genau anders werden soll und wie es dann möglicherweise organisiert werden kann, finden sich im dritten Teil dieser Schrift „Einstieg in die Praxis“ Dort werden unterschiedliche Wirtschaftsbereiche entsprechend untersucht<sup>19</sup>.

## 2.4 Randbedingungen

Außer den im Abschnitt „Voraussetzungen“ genannten Bedingungen, die unabhängig und zusätzlich zum hier vorgeschlagenen Projekt für eine linke Perspektive notwendig sind, besteht eine Reihe weiterer Prämissen, die für den Erfolg einer Umsetzung des Projekts notwendig oder zumindest sehr vorteilhaft wären. Hiervon sollen im Folgenden einige erwähnt werden:

Allmende und Flat Lines im Datenreich (und wo sonst noch möglich)

In einer Zeit, in der Daten - im allgemeinsten Sinn - immer wesentlicher für die Wertschöpfung werden und selber einen wachsenden Anteil daran haben, ist deren

---

<sup>19</sup>So stellt sich z.B. die Frage, wann ein Kinderladen zum Bereich Alltagskommunismus gehört und wo der Übergang zu KMU bzw. zum öffentlichen Sektor stattfindet: sobald es die ersten Angestellten gibt oder erst später? Eine solche Frage kann möglicherweise nicht eindeutig beantwortet werden, denn die Wirtschaftsformen laufen sowieso ineinander, das ist ja gerade eine These dieses Textes. Dies sollte erkannt und dann die Einbeziehung des Alltagskommunismus auch bewusst angestrebt werden. Eltern haben ein besseres Verhältnis zu „ihrem“ Kinderladen, wenn sie dort auch mitarbeiten. Das ist (heutzutage?) - aus volkswirtschaftlicher Sicht mit Wachstumsparadigma - möglicherweise etwas weniger effektiv, denn sie könnten in der ausgefallenen Arbeitszeit produktiver in ihren Jobs arbeiten und auch mehr verdienen als die von ihnen ersetzten Hilfskraft- und Erzieherstunden zu Buche schlagen. Sie erhalten sich aber eine Struktur für ihre Kinder, die sie mitgestalten und in der sie sie auch ab und zu sehen.

Eigenschaft, sich beliebig duplizieren zu lassen, ein starker Treiber Allmende-bezogenen<sup>20</sup> und alltagskommunistischen Wirtschaftens, während die gleiche Eigenschaft für kapitalistisches Wirtschaften ein großes Problem darstellt und immer findigere Kopierschutzsysteme, Spionage- und Anti-Spionage-Abteilungen hervorbringt.

Auch in der Allmende-Welt dürfen die Menschen, die Inputs liefern, nicht verhungern. Hier muss, wie bei Wikipedia, Open Office o.ä. ein Weg der gerechten Vergütung gefunden werden. Dieser wird mit Sicherheit um ein Vielfaches effizienter sein als der dauerhafte Versuch, diese Güter privatwirtschaftlich wegzusperren und zu bepreisen. Als typisch sind hier zu nennen:

- Kulturelle Produktion: Filme, Musik, Bilder
- Information, Nachrichten
- Programme für alle Arten von Maschinen und insbesondere für 3D-Drucker
- Office-Programme

Zwei untypische Beispiele sollen noch erwähnt werden, die verdeutlichen, wie viel einfacher Allmende wäre und im ersten Fall, wie schädlich sich die kapitalistische Wirtschaftsweise hier auswirken kann:

- Die Patentierung von Saatgut, da hier ebenfalls ein natürliches Allmendegut mit der Fähigkeit sich zu vervielfältigen künstlich verknappt und bepreist wird. In Kombination mit bestimmten Resistenzen und Hybridarten werden so auf den internationalen Agrarmärkten Abhängigkeiten geschaffen, die Kleinbauern in den Ruin treiben.
- Druckerpatronen mit wenigen Milliliter Tinte, die über Hard- und Software-Einsatz aufwendig „geschützt“ und für das Hundertfache des Wertes der enthaltenen Tinte verkauft werden.

Allmende gehört im Datenreich eigentlich zur Natur der Sache, und damit arbeitet auf diesem Gebiet hoffentlich auch die Zeit für Alltagskommunismus und öffentlich angebotene Flat Lines. Es ist aber wichtig, sich diese Bedeutung klar zu machen, um nicht aus Solidarität mit notleidenden Kulturschaffenden (die Pharmakonzerne haben hier mehr Macht, aber auch ein schlechteres Image) die kapitalistische Verwertung dieser Güter künstlich zu verlängern.

---

<sup>20</sup> Der Begriff der digitalen Allmende bezeichnet bisher den Teil digitaler Daten, die auch juristisch frei sind, für die das Urheberrecht also abgelaufen oder sonst wie freigegeben wurde. Vgl.: Melanie Dulong de Rosnay, Juan Carlos de Martín (Hrsg.): Digital Public Domain: Foundations for an Open Culture. Open Book Publisher 2012.

Es ist Auffassung des Autors dieses Textes, dass es sinnvoll ist, diese digitale Allmende erheblich zu erweitern und darauf zukünftige Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Dies geht sicher nicht ohne die Entwicklung von Möglichkeiten eines gerechten Ausgleichs für die jetzigen Rechteinhaber. Es sollte dabei aber eher über das „wie“ als über das „ob“ diskutiert werden, denn jede Zurückhaltung von Wissen/Fähigkeiten ist doppelt ineffektiv. Das Wissen kann nicht oder zumindest weniger angewandt werden, und zu seinem „Schutz“ werden wertvolle Ressourcen verschwendet.

Sicherlich ist es nicht einfach, hier einen Weg zum Umgang und zur gerechten und effizienten Vergütung von Eigentumsrechten, die in Allmende überführt werden, zu finden, insbesondere, wenn dieser Weg nicht zugleich zu einer Einheitskultur führen soll. Einige Ideen, die in den jeweiligen Fällen verfolgt werden sollten, sind z.B.: Digitale Eigentumsrechte beibehalten, aber nur für relativ kurze Zeit (5 bis 10 Jahre); Freiwilliges Digitales Jahr; Stiftungen (wie bei Wikipedia); Spenden sammeln und Crowdfunding; Rundfunkbeitrag erhöhen und z.T. umwidmen...

## **Primat der Politik**

Ohne das Primat der Politik ist eine Gesellschaft, in der Marktmechanismen eine Rolle spielen - also jede - und in der die Marktkräfte dennoch nicht in allen Krisenfällen den Ausschlag geben sollen, nicht denkbar. Eine Politik gegen die „Sachzwänge des Kapitals“ kann nur in Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit usw. enden, wenn keine mindestens gleichwertigen alternativen Wirtschaftsstrukturen bestehen. Diese Tatsache wurde von den meisten Gründervätern und -müttern des Sozialismus festgestellt und auch von den VertreterInnen der Sozialen Marktwirtschaft (manchmal unausgesprochen) anerkannt<sup>21</sup>.

Das Primat der Politik wird aber nicht nur auf Nationaler und höherer Politikebene (Europa, Internationales) durch die Kapitallogik in Frage gestellt, sondern häufig auch im kleineren regionalen oder kommunalen Rahmen, sei es durch persönliche Abhängigkeiten, durch Bedrohung mit Abwanderung von Unternehmen oder durch den Verlust/die Nicht-Verfügung über jeweils benötigte Wirtschaftskompetenzen in öffentlichen oder alltagskommunistischen Strukturen.

Das Primat der Politik setzt also nicht nur funktionierende und kompetente öffentliche Strukturen voraus, sondern spricht ebenso wie die Demokratiefrage gegen einen zu mächtigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsflügel.

Das Zurechtstutzen des Marktes auf eine sozialökologisch, politisch und wirtschaftlich akzeptable Größenordnung setzt selbstverständlich etliche gesellschaftliche Kämpfe, aber ebenso Aufbauarbeit in den anderen Wirtschaftsformen voraus.<sup>22</sup>

## **Grundeinkommen**

Auch ein sicheres und für die Lebensführung akzeptables Grundeinkommen ist Voraussetzung für ein alternatives Wirtschaftsmodell. Der Sinn von Grundeinkommen überhaupt wird kaum noch in Frage gestellt und auch Sozialhilfe oder ALG II stellt vom Prinzip her so etwas dar, wenn auch auf zu niedrigem Niveau und an entmündigende und zudem bürokratisch überbordende Bedingungen geknüpft. Selbst die FDP geht mit dem Modell ihrer „Negativen Einkommenssteuer“ hier weiter. Bei Akzeptanz des

---

21 In einigen Fällen wie der Agenda 2010 oder beim „Sparen bis es quietscht“ (Wowereit 2001) gehen die Apologeten der Sozialen Marktwirtschaft - gerade wenn sie aus der Sozialdemokratie kommen - aber immer wieder weit über das hinaus, was für das System an Rendite-Absicherung durch Umverteilung von unten nach oben tatsächlich notwendig wäre. Warum sie dies tun, vielleicht um den großen Kapitalgesellschaften vorausseilenden Gehorsam zu dokumentieren und sie so gnädig zu stimmen, sollte weiter untersucht und idealerweise abgestellt werden.

22 Die Frage nach Eigentumsstrukturen und Entlohnung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen stellt sich natürlich. Wenn ein System-Administrator in einer Firma gut bezahlt werden kann, ist ihm das vielleicht wichtiger, als eine gute öffentliche/alltagskommunistische Suchmaschine zu bauen. Grundsätzlich würde selbstverständlich nicht die Tätigkeit an einem angebotenen Arbeitsplatz begrenzt, sondern der Privatbesitz an bestimmten Produktionsmitteln, die ein Zurechtstutzen des Marktes ad-absurdum führen würden. Genossenschaftlicher und kommunaler Besitz sind aus linker Sicht möglicherweise sympathischer als privater, aber auch das eigene Häuschen oder die Eigentumswohnung helfen gegen Spekulation mit Wohnraum. Und private Anbieter von industriellen und Dienstleistungsprodukten zerstören nicht per se den Primat der Politik. Facebook ist sinnvollerweise ein Monopol und sollte deshalb sozialisiert oder in einer Mischform aus öffentlich und alltagssozialistisch (vgl. Wikipedia) überführt werden. Natürlich lässt sich in der digitalen Welt schnell ein „Mitbewerber“ programmieren, aber sinnvoll ist das nicht. Es werden ja auch nicht mehrere U-Bahn-Netze gebaut, sodass wir uns in der realen Welt nur besuchen können, wenn wir dasselbe Netz gewählt haben oder uns für die anderen Freunde gleich eine ganze Sammlung an Monatskarten leisten.

bedingungslosen Grundeinkommens bliebe dann die - natürlich nicht triviale - Frage nach dessen Höhe.

Das Grundeinkommen wird - zurecht - meist aus sozialen- und Gerechtigkeitsgründen gefordert. Im Rahmen des hier skizzierten alternativwirtschaftlichen Ansatzes soll vor allem darauf hingewiesen werden, dass es auch für die Überwindung der Kapitallogik, d.h. des Marktzwanges zum Wachstum, sehr hilfreich ist. Der gesellschaftliche aber jeweils individuell erfahrene Zwang zur Selbstverwertung bzw. zum Verkauf seiner Arbeitskraft stellt die komplementäre Seite zum Wachstumszwang und Zwang zur Kapitalvermehrung dar. Die eine Seite muss neue Dienstleistungen/Produkte/Märkte/Anlagemöglichkeiten finden, seien diese auch objektiv noch so unsinnig; die andere Seite muss in diesen Bereichen arbeiten, um ein Leben unter akzeptablen Bedingungen führen zu können. Beide Bereiche der Zwänge gilt es aufzuheben, letzteren durch das Grundeinkommen.

### **Menschenbild**

Der Text geht von einem jetzigen Menschenbild, weder besonders gut noch böse, unterschiedlich engagiert und ohne „sozialistische Erziehungsdiktatur“ aus. Im Gegensatz zu einer „reinen Lehre“ vieler Linken akzeptiert er daher auch eine gewisse Ungleichheit bei Einfluss und/oder Macht, die sich in dezentralen Strukturen und im Alltagskommunismus vermutlich immer einstellen wird. Leute, die engagierter sind, mehr tun, werden einflussreicher als andere. So werden beispielsweise Menschen, die in Berlin eine Energiegenossenschaft gründen, weil ihnen eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung dieser Stadt wichtig ist, bei diesem Thema mehr mitreden und damit auch entscheiden, als solche, die das nicht tun. Wichtig ist, dass sich diese Ungleichheit nicht durch Eigentums- oder bürokratische Strukturen verselbstständigen kann.<sup>23</sup>

## **2.5 Welche Wirtschaftsform wo? - Besitzen heißt neu erschaffen können**

Bei dem hier vorgestellten Vorschlag, die sowieso immer parallel existierenden Wirtschaftsformen Alltagskommunismus, Staat und Markt auch konzeptionell bewusst zu integrieren, stellt sich die Frage, welche Bereiche produktiven Handelns wie organisiert werden sollen.

In einigen Fällen gibt es darüber - ausgesprochen oder unausgesprochen - ohnehin schon einen breiten gesellschaftlichen Konsens:

- Abwaschen, Säubern, Klein- oder Urban-Gärtnern, Sprechen, Laufen und Radfahren beibringen können idealerweise dem Urkommunismus überlassen werden.

---

<sup>23</sup> Es stellt sich dennoch die Frage, wie in alltagskommunistischen Strukturen sichergestellt werden kann, dass sie sich nicht zu Lasten von Schwächeren entwickeln. Beispiel: Kinderladen in Prenzlauer Berg - versus Kinderladen in Gropiusstadt. Bekommen die Kinder in beiden Einrichtungen gerechte und möglichst gleiche Chancen? Was ist mit den Kindern, deren Eltern Kinderbetreuung nicht organisieren können oder wollen? Grundsätzlich wird der Staat die Verantwortung nie los und muss Unterschiede ausgleichen. Dies gilt aber in jedem System und heutzutage neben den Ungerechtigkeiten, die das Kapital direkt und willentlich durch die ungleiche Reichumsverteilung produziert, z.B. auch für Kinder, deren Eltern sie vernachlässigen und wo der Staat dann mit Familienhilfe und ggf. Sorgerechtsentzug eingreifen muss. Dies kann sinnvollerweise nicht dazu führen, allen Eltern präventiv die Kinder nach der Geburt wegzunehmen, weil dem alltagskommunistischen System Familie nicht getraut werden kann. Andere Beispiele für diese Problematik finden sich im Teil 3 „Einstieg in die Praxis“.

- Frische Brötchen, Pizza essen gehen, Entwurf neuer Kleider oder Möbel, Fahrräder und Bürostühle können sehr gut vom Markt zur Verfügung gestellt werden.
- Bildung, Gesundheitssystem und “Natürliche Monopole” wie die Netze der Infrastruktur sollten in öffentlicher Verantwortung angeboten werden.

Sobald man darüber hinausgeht, fangen die Widersprüche an, wobei viele Linke einige weitere Bereiche gerne unter staatlicher Verantwortung sehen würden. Zum einen betrifft dies - häufig historisch begründet - die “Schlüsselindustrien”, da hier die ökonomische schnell in politische Macht umschlagen und als solche missbraucht werden kann; zum anderen die Bereiche der Daseinsvorsorge, d.h. die Versorgung mit allem, was für ein akzeptables Leben - auch incl. der Eingebundenheit in die Gesellschaft - notwendig ist, d.h. Energie und Wasser, Alterssicherung, Wohnen, Mobilität sowie ein kulturelles Grundangebot und Betreuung für Kinder und Ältere. Diese Grundversorgung staatlich zu verantworten, wird damit begründet, dass sie nicht den Marktkräften und deren Zufälligkeiten überlassen werden kann, mit der möglichen Folge von Wohnungslosigkeit, Elend bei Krankheit oder im Alter usw.

Innerhalb der Linken gibt es hier eher die Auseinandersetzung zwischen dem Präferieren von Alltagskommunismus/Selbstorganisation auf der einen und Staat auf der anderen Seite, als dass kapitalistische Organisationsformen bevorzugt würden. Dies betrifft z.B. die Bewertung alternativ organisierter Schulen, Kinderläden und Pflegeeinrichtungen, aber auch von Wohnungsbau- und Energiegenossenschaften.

Auf die Frage “Welche Wirtschaftsform wo?” gibt es also schon teils unterschiedliche, teils weitgehend akzeptierte Antworten.

Zur Beantwortung der Frage soll hier ein weiteres Paradigma eingeführt werden, das - zusätzlich zu den oben genannten - als Kriterium gelten kann: Besitzen heißt neu erschaffen können.

### **Besitzen heißt neu erschaffen können**

Diese These beschreibt, dass eine echte Aneignung einer Sache oder auch einer Dienstleistung oder einer gesellschaftlichen Struktur nur möglich ist, wenn diese auch neu erschaffen werden kann, vom jeweiligen Eigentümer selbst oder von Organisationen oder Netzwerken, über die er verfügen kann. Der Hintergrund dieser Sichtweise wird an Beispielen deutlich, wo diese Fähigkeit zum Neu-erschaffen-können fehlt.

- Eine Bewegung, die Häuser besetzt, kann alltagskommunistisch viel erreichen, ist aber darauf angewiesen, dass die Häuser im Rahmen anderer Organisationsformen - privat, genossenschaftlich oder staatlich - vorher gebaut wurden. In ihrer “Urform” ist diese Bewegung also notwendigerweise zeitlich sehr begrenzt und kann höchstens - wiederum in genossenschaftliche Formen gewandelt - länger bestehen<sup>24</sup>.
- Die Wirtschaft der sozialistischen Staaten hat nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Fällen mit den Vorkriegs-Produktionsmitteln bzw. mit deren kaum weiterentwickelter Technologie ihre Produktion wiederaufgenommen. Nach einer Aufbruchsstimmung in den 60er Jahren war kaum eigene Innovation möglich; so waren die sozialistischen Staaten auf Inputs aus dem kapitalistischen Markt angewiesen. Dies galt selbst für

---

24 Das Mietshäuser Syndikat <https://www.syndikat.org/de/> entwickelt seit längerem eine Struktur, in der trotz wachsender Größe und relativ kapitalintensiven Aktivitäten für Wohnungsneubau, Wohnen nicht zur Ware werden kann und alltagskommunistische Strukturen erhalten bleiben sollen.

Formen moderner Industrieplanung, die eher in kapitalistischen Konzernen als in den sozialistischen Ländern entwickelt wurden.

- Die berechtigte Kritik und heftige Auseinandersetzung mit Konzernen wie Chemiekonzernen Bayer/Monsato greift dauerhaft ins Leere, wenn die Kritiker nicht eigene alternative Entwicklungs- und Produktionswege für wichtige Chemikalien/Medikamente aufbauen, bzw. diese - z.B. im Rahmen einer biologischen Landwirtschaft - unnötig machen.
- Der Film „Manderlay“ von Lars von Trier behandelt das Problem des Nicht-neu-erschaffen-könnens sehr eindrucksvoll, veranschaulicht an einer Farmbelegschaft, die sich aus sklavenähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu befreien versucht.

Neben den aus guten Gründen häufig schon konsensualen Vorstellungen der Gesellschaft über die sinnvolle Organisation produktiver Tätigkeit und den dazu kommenden „linken“ Ansätzen, sollte die Frage des Neu-erschaffen-könnens eine zentrale Stellung einnehmen. Sie muss für viele Tätigkeitsfelder untersucht werden, wird aber in vielen Fällen nur durch Versuch-und-Irrtum entschieden werden können. Ihre Beantwortung kann - anders ausgedrückt - in den meisten Fällen nur das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein, für deren Ausgang die Effektivität der ein- oder anderen Organisationsform aber natürlich wesentlich mitentscheidend ist.

### **Make them expendable**

Eine konzeptionelle Gesamtsicht der drei Wirtschaftsformen aus emanzipatorischer und linker Perspektive wird gegenüber einer traditionellen sozialistischen Sicht - eine Verschiebung der notwendigen Klassen- und anderer gesellschaftlicher Kämpfe fordern<sup>25</sup>. Das „Besiegen“ des Gegners tritt in den Hintergrund gegenüber dem „Unnötig-machen“. Von John Holloway soll hierzu die Forderung „Make them expendable!“ stammen. Es kann sein, dass bei diesen Auseinandersetzungen (der von der radikalen Linken immer wieder angekündigten „letzten Schlacht“) Volkswagen, Daimler, E.ON, Siemens, BASF, Bayer, Allianz, Deutsche Bank, Lidl/Kaufland, Aldi - um ein paar zentrale deutsche Kandidaten zu nennen - tatsächlich als „Verlierer“ vom Feld gehen, stark verkleinert und/oder vergesellschaftet werden und teilweise vielleicht auch ganz verschwinden. Dies ist aber nicht erstes Ziel der Auseinandersetzungen, sondern dieses lautet „Make them expendable! – Macht sie überflüssig!“. Teilweise werden diese Konzerne und ähnliche kapitalistische Unternehmen in abgespeckter Form auch weiterbestehen, mit Sicherheit aber insoweit umgebaut und dezentralisiert worden sein, dass die Politik nicht mehr von ihnen erpressbar ist, d.h. dass ihr Profit nicht mehr Voraussetzung für das Wohlergehen der Gesellschaft ist. Too-big-to-fail führt gegenwärtig jede Demokratie und jeden Primat der Politik ad absurdum.<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Aus dieser emanzipatorischen Perspektive bleibt allerdings ein möglichst großer Anteil an Alltagskommunismus und Staat/Kommune gegenüber Kapital/Markt zu wünschen.

<sup>26</sup> Zur Frage der Durchsetzung der hier vorgeschlagenen radikalen Änderungen fallen mir keine anderen Wege ein, als sie bisher in linken Strukturen angestrebt und gegangen werden. Viele gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden dafür notwendig sein. Allerdings besteht die Hoffnung, dass durch die angestrebte bewusste Verbindung der drei Wirtschaftsbereiche den Kämpfen gegen Kapitalinteressen und -strukturen und gegen bürokratische Molochs jeweils um die positiven Elemente alternativer Organisationsstrukturen ergänzt werden können und dafür nicht auf die große Revolution bzw. den Sozialismus gewartet werden muss.

Außer bei großen Kapitalien und zentralen Strukturen, bei denen „Too big to fail“ oder Monopolstrukturen vorliegen, sollte nicht mit Enteignung oder Verbot vorgegangen werden. Wichtig ist, dass sich die praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Hierarchie pro Alltagskommunismus und öffentlichem Sektor ausrichtet.

## 2.6 Wie und wo anfangen?

Bei Ideen, die die Notwendigkeit und Möglichkeit eines radikalen Umbruchs, einer Revolution, eines Paradigmenwechsels vertreten, stellt sich immer die Frage, wie diese Veränderungen eingeleitet werden können, auf welchem gesellschaftlichen Feld sie beginnen. Entsprechend lang ist die Debatte um Revolution, Reformen, Umbrüche, systemverändernde Reformen, Assimilation radikaler Ideen ins herrschende System usw. Zusätzlich zur Frage der notwendigen oder akzeptablen Radikalität des Wandels und der zu seinem Erreichen notwendigen Mittel, stellt auch die Frage nach „zentralen versus dezentralen Ansätzen“ eine weitere häufig diskutierte Option dar.

Die Frage der Assimilation wird sich auch für den hier vorgeschlagenen Ansatz stellen, zumal er ja sogar von seiner Idee her Wirtschaftsformen integrieren will, was sicherlich wieder nur als Assimilation betrachtet werden kann, solange die kapitalistische Produktionsform vorherrschend ist. Wer aber auf Dauer wen „assimiliert“, kann nur ein Ergebnis der sozialen Auseinandersetzungen und des Überflüssig-Machens sein<sup>27</sup>.

Zentrales oder dezentrales Vorgehen der „Revolutionäre“ ist bei diesem Ansatz kein Widerspruch mehr. Bestimmte Änderungen - wie beispielsweise die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens - benötigen mit Sicherheit Entscheidungen auf zentraler Ebene - wo auch immer die sich genau befindet. Das Überflüssig-Machen wird immer auf der Ebene stattfinden, auf der kapitalistische Strukturen ersetzt werden. Dies betrifft dezentrale Landwirtschaft und Versorgungsstrukturen, Kultur, handwerkliche Produktion bis zu globalen Konzernen wie Microsoft oder Volkswagen. Soweit eine integrierte, in ihrer praktischen Umsetzung im Einzelnen niemals endgültige Wirtschaftsform unter den oben dargestellten Bedingungen (1. Primat der Politik, 2. Demokratie, 3. Möglichkeit und Wirksamkeit des Handelns aller Einzelnen) konzeptionell angestrebt wird, können sich zentrale wie dezentrale Kämpfe, ökonomische Aktivitäten und technologische Entwicklungen in dieses allgemeine Ziel einbringen. Debatten, Konkurrenzen und Auseinandersetzungen um die Organisation der vielen Einzelfälle gesellschaftlich produktiver Tätigkeit werden davon selbstverständlich nicht ersetzt, aber sie können als Teil des Ringens um das gemeinsame Ziel angesehen werden oder sich sogar selbst so verstehen.

---

Bei einem aktuellen Anteil der öffentlichen Haushalte von immer noch über 40 % am BIP sollte sie dazu in der Lage sein. Natürlich ist unsicher, wie die Gegner einer solchen Politik, insbesondere die im Kapitalismus herrschende Klasse, darauf reagieren. Wir sollten aber auf keinen Fall die ersten sein, die schießen.

<sup>27</sup> Bisher hat das Kapital noch alle Wertschöpfungsmöglichkeiten assimiliert. Wenn es ihm nicht aus der Sphäre daran gehindert wird, wird es dies mit Sicherheit wieder tun. Ohne „Primat der Politik“ ist der Ansatz also zum Scheitern verurteilt.



## 3 Einstieg in die Praxis

Der Vorschlag, die Wirtschaftsformen Alltagskommunismus, Staat/Öffentlicher Dienst und Kapital/Markt konzeptionell zusammenzudenken, ist hiermit skizziert, wissenschaftlich noch nicht weiter unterlegt, aber als erster Aufschlag fertig gestellt.

Für eine bessere Anschaulichkeit des Vorschlags, für einen ersten Plausibilitätstest und zur näheren Betrachtung der in der Praxis immer auftretenden Mischformen sollen im Folgenden für ausgewählte Wirtschaftsbereiche beispielhaft mögliche Zuordnungen der o.g. Wirtschaftsformen vorgestellt und diskutiert werden.

### 3.1 Alltagskommunismus, Ehrenamt und politisches Engagement

Markt/Kapital sowie Staat/Öffentlicher Dienst sind in der Wirtschaftslehre ausführlich diskutiert worden. Hier sollen sie dennoch - ebenso wie monetär nicht bewertete Leistungen - in einem kurzen Einschub definiert werden. Dies dient auch der Abgrenzung des Alltagskommunismus von den häufig unklar oder sich überschneidend verwendeten Begriffen Ehrenamt und (politisches) Engagement.<sup>28</sup>

#### Markt/Kapital

In den Bereich Markt und Kapital gehören alle produktiven Tätigkeiten, die auf einen zunächst anonymen Markt zielen, in dem sie oder ihre Produkte verkauft werden sollen. Die auf dem Markt zu erzielende Vergütung ist die Triebfeder<sup>29</sup> und das Ziel dieser Tätigkeit.

#### Staat/Öffentlicher Dienst

Zum Staat/öffentlichen Dienst zählen alle produktiven Tätigkeiten, die von diesem für die in ihm lebenden Bürgerinnen und Bürger kostenlos oder gegen eine Aufwandsentschädigung zur Verfügung gestellt werden. Ziel der Tätigkeit ist die Sicherstellung guter Lebensbedingungen und der dafür benötigten Ressourcen wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, Grundversorgung usw.

#### Alltagskommunismus

Zum Alltagskommunismus gehören alle produktiven Tätigkeiten, inklusive Dienstleistungen, Pflege usw., die der Bedürfnisbefriedigung einer Gruppe, einer Familie etc. dienen, zu der der Tätige gehört, in der aber nicht monetär abgerechnet oder gegen andere Leistungen oder Produkte getauscht wird. Der Tätige erbringt die Tätigkeit freiwillig, zum Nutzen aller Beteiligten und damit nur indirekt teilweise auch für sich selbst.

#### Ehrenamt

Dem Ehrenamt werden alle Tätigkeiten zugeordnet, die nicht dem Tätigen oder einer Gruppe, der er angehört, sondern Dritten dienen. Triebfeder ist hier in erster Linie das

---

<sup>28</sup> Ehrenamt, Engagement und Alltagskommunismus haben hierbei die Gemeinsamkeit, unentgeltlich geleistet zu werden.

<sup>29</sup> Bei kapitalistischen Märkten hat sich hieraus die Kapitalakkumulation selbst zur vorherrschenden Triebfeder entwickelt. D.h. es geht dann nicht mehr um „Verkauf für den Lebensunterhalt“ wie beim Handwerker oder Kleinbauern, sondern um Verkauf als einen der notwendigen Schritte, um aus Kapital mehr Kapital werden zu lassen.

Wohlergehen dieser Anderen. Zusätzliche eigene Vorteile - sich gut/gerecht fühlen, Dankbarkeit oder Anerkennung erhalten - haben zumindest keinen entgeltlichen Ausdruck.

### **Engagement**

Unter Engagement werden Tätigkeiten gefasst, die die Interessen des Tätigen oder einer Gruppe, der er sich zugehörig/solidarisch fühlt, unterstützen. Die Durchsetzung dieser Interessen - politisch, gewerkschaftlich, religiös, ökologisch...- sind hier die Triebfedern der Tätigkeit.

Natürlich wird es bei den meisten Tätigkeiten eine Überschneidung der verschiedenen Aspekte geben. Für die Diskussion der Wirtschaftsformen wird von der jeweils hauptsächlichen Triebkraft einer Tätigkeit ausgegangen.

## **3.2 Beispielhafte Zuordnungen ausgewählter Wirtschaftsbereiche**

### **Landwirtschaft**

Die heutige moderne Landwirtschaft versteht sich als Teil der Marktwirtschaft und ist ganz wesentlich in sie eingebunden. Davon bestehen im Rahmen von Subsistenzwirtschaften bei Kleinbauern in Ländern der 3. Welt auch (noch?) alltagskommunistische Strukturen, das Gleiche gilt teilweise für die internen Strukturen von Familien- und kleinen Ökobetrieben, die nach außen dann aber als Marktteilnehmer auftreten. In der EU ist die Landwirtschaft stark reguliert und auch subventioniert. Daher kann mittlerweile auch davon gesprochen werden, dass auch der öffentliche Sektor starken Einfluss auf Art und Menge der landwirtschaftlichen Produktion hat. Kleinbäuerliche Strukturen mit intern familiären/alltagskommunistischen Organisationsformen nehmen dagegen in industrialisierten Staaten kontinuierlich ab, wobei Kleinbauern nach außen sowieso als Marktanbieter auftreten - und dies aufgrund niedriger Produktivität häufig unter schlechten Bedingungen.

Über die weitere Entwicklung gibt es heftige Auseinandersetzungen. Wirtschaftsliberale setzen sich für eine Deregulierung und die Abschaffung der Subventionen ein. Aus Umwelt- und linker Sicht wird mit dem Umstieg auf ökologische Produktionsweisen der Verzicht auf Chemikalieneinsatz, Steigerung der Qualität und dezentralere und naturnähere Bewirtschaftungsformen inklusive Tierschutz gefordert. Die Subventionierung der Produkte würde dann evtl. ebenfalls wegfallen. Sie würde allerdings ersetzt durch eine Finanzierung für die in Kombination mit der Lebensmittelproduktion gelieferten Leistungen im Bereich des Natur-, Boden- und Grundwasserschutzes. Die Regulierung würde also bestehen bleiben, dabei aber an anderen Kriterien ausgerichtet werden. Die Landwirtschaft würde damit anteilig zum Auftragnehmer der öffentlichen Hand. Wichtig ist darüber hinaus die Erkenntnis, dass heutige industrielle Landwirtschaft nur dann als besonders effizient angesehen werden kann, wenn die Verbräuche und Folgen von Chemikalien und fossiler Energie nicht mitberücksichtigt werden. In einer ökologisierten und in weiten Bereichen vermutlich auch dezentralisierten Landwirtschaft würde dort möglicherweise wieder mehr als die aktuellen 0,9 % des BIP erwirtschaftet und entsprechend mehr Menschen arbeiten, allerdings würden andere "Vorprodukte" der Industrie weniger benötigt und der entsprechende ökologische Zusatznutzen erarbeitet. Auch eine Verdreifachung des BIP-Anteils würde sicher nicht dazu führen, dass wir wieder eine "Agrargesellschaft" werden.

Bei einer solchen Perspektive bleibt die Landwirtschaft grundsätzlich im Marktsektor mit stärkeren Eingriffen/Vorgaben des Staates und - im Rahmen auch dezentraler Produktionsformen - einem Wiedererstarken alltagskommunistischer Anteile.

## **Industrie**

Die Industrie ist im Kapitalismus die zentrale marktbezogene Produktionsform. Da hieraus große, darunter auch politische Abhängigkeiten und entsprechende Macht erwachsen, haben sozialistische Gesellschaften mindestens die zentralen Bereiche wie Grundstoff- und Schwerindustrie verstaatlicht. Diese Abhängigkeiten der Politik von der Industrie werden selbst dort deutlich, wo die Industrie Entwicklungen einschlägt, die längerfristig für sie selbst schädlich sind. Aktuelle Beispiele sind hier die bundesdeutsche Autoindustrie und Energieversorgung, die auf längerfristig nicht tragfähige Konzepte (Verbrennungs-/Dieselmotoren und zentrale Kohle- und Atom-Großkraftwerke) gesetzt haben, viele Jahre in dieser Unternehmenspolitik staatlich geschützt und unterstützt wurden und jetzt in ihrem Bestand bedroht sind.

Stärkere staatliche Kontrollen und Vorgaben sind hier also aus verschiedenen Gründen notwendig. Wie weit diese Vorgaben gehen sollten, um andererseits die Fehler der sozialistischen Staaten hinsichtlich Erstickung von Innovationen und Verlust von Effizienz in einer "Kommandowirtschaft" zu verhindern, wird jeweils austariert werden müssen.

Eine stärkere Dezentralisierung der Produktion sowie genossenschaftliche bis hin zu alltagssozialistischen Produktionsformen wird durch die immer größere Bedeutung der Informationstechnologie (IT) möglich und wahrscheinlich. Typisches Beispiel ist hier der 3D-Drucker. Die Weiterentwicklung dieser Geräte bedeutet, dass die Fähigkeit zur Produktion immer stärker nur noch abhängt von der Verfügung über die jeweils benötigten Rohstoffe sowie von der jeweils das gewünschte Produkt definierende Software, die - da beliebig kopierbar - einmal vorhanden eine natürliche Allmende darstellt.

## **Baugewerbe**

Ebenso wie die Industrie ist auch die gegenwärtige Bauindustrie wesentlich marktwirtschaftlich organisiert. Staatlicher/kommunaler Einfluss erfolgt hauptsächlich durch Auftragsvergabe, sei es für Infrastrukturprojekte oder im Bereich öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften.

Verbunden mit dem Grundstücks- und Wohnungswesen bietet sich im Baugewerbe eine stärkere Einbeziehung alltagskommunistischer Wirtschaftsformen an. Hierzu zählt traditionell der Bau des eigenen Einfamilienhauses unter relevanter Erbringung von Eigenleistungen, natürlich auch im Bereich der Sanierung und Instandhaltung. Im ökologisch sinnvollerem Geschossbau gibt es unterschiedliche Baugruppen- und Genossenschaftsmodelle, die ebenso auf der Erbringung von Eigenleistungen gründen, z.T. unterstützt von staatlichen Förderprogrammen.

Eine solche Förderung ist insbesondere geboten, wenn sich Arbeits- und Wohnungslosigkeit kombinieren. Wenn aktuell in Südeuropa dauerhaft eine 50 prozentige Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen herrscht, denen es auch nicht möglich ist, eine eigene Wohnung zu beziehen, ist es nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlicher Unfug, wenn diese Menschen nicht in die Lage versetzt werden, sich ihre Wohnung zu bauen.

## **Einzelhandel**

Im Einzelhandel bietet sich eine Stärkung genossenschaftlicher Strukturen an, sinnvollerweise vernetzt mit den Produzenten, was die Bedeutung großer Handelsketten beschränkt. Einerseits können solche Strukturen durch IT heute wesentlich einfacher organisiert werden und wachsen als früher. Andererseits drohen neue Monopole, wie am Beispiel Amazon<sup>30</sup> deutlich wird. Allein auf die Bewusstheit und das Gegensteuern der Kunden zu setzen, wird hier nicht ausreichen. Eigentlich ist es eine öffentliche Aufgabe, Plattformen für die Abwicklung von Handel bereitzustellen. Möglicherweise kann auch eine gemeinnützige Stiftung diese Aufgabe übernehmen. Auf dieser Plattform kann dann neben marktwirtschaftlichem auch alltagskommunistischer Austausch erfolgen, wie Angebote zum Verschenken oder Verleihen.

Bei Lebensmitteln und einer Reihe weiterer Waren des Einzelhandels handelt es sich um Güter der Daseinsvorsorge. Aufgrund der Kleinteiligkeit und der Vielfältigkeit des Angebots ist eine staatliche Versorgung hier aber unangebracht, solange - idealerweise über ein bedingungsloses Grundeinkommen - staatlich sichergestellt ist, dass von allen Menschen ausreichend Lebensmittel etc. erworben werden können.

## **Verkehr und Transport**

Die aktuell immer noch bestehende starke Ausrichtung der Mobilität auf PKW und LKW ist mit einer Reihe von negativen Folgen im Gesundheits-, Städtebau- und Umweltbereich verbunden und muss schon aus Energie-, Klima- und Ressourcengründen weltweit verändert werden. Aufgrund der absehbaren Möglichkeit autonomer Fahrzeuge werden hier sowieso starke Änderungen auftreten. Zu wünschen ist, dass der alltagskommunistische Anteil, mit dem die PKW-Kultur und ihr Freiheitsversprechen auch immer verbunden sind, auf andere Verkehrsträger übertragen werden kann. Dieser Alltagskommunismus wird auch daran deutlich, wie selbstverständlich es ist, zumindest Bekannte im eigenen Auto mitzunehmen. Ein Mobilitätssystem aus Komponenten der unterschiedlichen Wirtschaftsformen würde beinhalten:

- Priorität von Fahrrad, Fußgänger und weitgehend steuerfinanziertem ÖPNV.
- Staatliche Infrastruktur für Fernverkehr und -Transport (Schienen, Straßen, Wasserwege, Post).
- Mietmöglichkeit (Fahrerlose PKW und LKW) bzw. Ticketkauf (Bahn, Bus, Flugzeug) von öffentlichen wie privaten Anbietern von Mobilität.

## **Information und Kommunikation**

Die Informations- und Kommunikationstechnologie(IKT) ist theoretisch der alltagskommunistische Wirtschaftsbereich schlechthin, wie bereits oben dargestellt wurde. Das Recht am geistigen Eigentum einer Software ist nur notwendig, wenn es Voraussetzung für ihre Erstellung/Programmierung ist. Wenn sich andere Organisationsformen finden, die ja im Bereich der IKT als "Open Source" nicht selten sind, beschränken sich die Forderungen

---

30 Amazon steht laut der Unternehmensliste von der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, die übrigens von Apple, Google und Microsoft angeführt wird, auf Platz sechs der teuersten Unternehmen der Welt nach Marktkapitalisierung. Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/unternehmen-das-sind-die-top-der-wertvollsten-unternehmen-1.3056487>

Die ersten deutschen Konzerne sind SAP, Siemens und Bayer auf den Plätzen 60, 72 und 89. Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ey-studie-das-sind-die-wertvollsten-unternehmen-der-welt-14596047.html>

des geistigen Eigentums auf Nennung der Urheberschaft, wie bei Zitierregeln in Texten. Die IKT stellt den größten Wachstumsbereich der Wirtschaft dar und wird dauerhaft alle anderen Bereiche revolutionieren.

Es ist ein zum Verlieren vorbestimmter Abwehrkampf, wenn das Problem der Wertschöpfung in Zeiten von IKT durch immer neue Gesetze und Überwachungsmethoden zur Eindämmung der neuen Produktivkraft gelöst werden soll. Wenn sich ein Staat hier wirtschaftlich selbst ins Knie schießen will, so muss er nur möglichst stur auf den alten Regeln beharren.

Auch hier stellt sich allerdings das Problem der Verfügungsgewalt über die neue Infrastruktur. Diese sollte demokratisch kontrolliert und öffentlich oder genossenschaftlich bereitgestellt werden. Bezogen auf die Verfügungsgewalt und damit der dahinterstehenden Interessen, ist Facebook als Negativbeispiel und Wikipedia als positives Beispiel zu nennen. Dies sagt nichts darüber aus, dass auch auf Facebook sinnvoller sozialer Austausch stattfindet und auch in Wikipedia Interessengruppen bei der Content-Erstellung mitspielen.

In diesem Sinne ist die "Enteignung" Facebooks heute vermutlich dringender als die von Springer oder Siemens.

### **Grundstücks- und Wohnungswesen**

Auch das Wohnen ist seit der Entstehung großer Städte während der Industrialisierung immer mehr zur Ware geworden, für die es als elementares Grundbedürfnis und damit Aufgabe der Daseinsvorsorge in keiner Weise geeignet ist. Dies beweisen Wohnungsnot und frierende Mieter selbst in reichen Ländern, in denen eine Hungersnot undenkbar wäre.

Stärker noch als im wirtschaftlich verflochtenen Wohnungsbau (s.o.) drängt sich hier eine Mischung aus staatlichen, genossenschaftlichen und alltagskommunistischen Organisationsformen auf. Denn im Gegensatz zum Baugewerbe wird bei der Gebäudeverwaltung weniger differenziertes Fachwissen unterschiedlicher Berufe benötigt, wie 15 Mio. Einfamilienhäuser in Deutschland beweisen, die ohne professionelle Hausverwaltungen auskommen. Wohnen im Geschosswohnungsbau ist ökologisch und energetisch sinnvoller als in Einfamilienhäusern, und es ist die Voraussetzung, um die weitere Zersiedelung der Landschaft in der Nähe von Großstädten zu vermeiden. Die Hausverwaltung ist hier zwar organisatorisch und eigentumsrechtlich etwas komplizierter als bei Einfamilienhäusern; staatliche/öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sind aber ausgereift, und auch alltagskommunistische Organisationsformen mit oder ohne individuelles/familiäres Eigentum werden erfolgreich entwickelt, wenn sie auch noch keine große gesamtgesellschaftliche Relevanz haben.

In Berlin beispielsweise macht das Grundstücks- und Wohnungswesen mit über 13 Mrd. € über 10 % der jährlichen Wertschöpfung und damit den größten Einzelposten im BIP aus. Neben der sozialen Bedeutung der Wohnraumversorgung wäre hier eine nicht an Kapitalverwertung orientierte Organisationsform also auch gesamtwirtschaftlich von großer Tragweite.

### **Finanz- und Versicherungswesen**

Im Finanz- und Versicherungswesen zeigt sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus besonders deutlich, weil in dieser Branche, insbesondere beim Investmentbanking, das Kapital gehandelt wird, das auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten ist. Große Kapitalmengen, die in als attraktiv vermutete Marktsektoren strömen, führen zur

Überbewertung dieser Sektoren – zu „Blasen“ - , bei deren Platzen eine entsprechende Kapitalvernichtung stattfindet. Finanzmarktprodukte mit Wetten zur spezifischen Marktentwicklung und mit Fremdkapitaleinsatz erzielen eine Hebelwirkung und verstärken somit Verluste bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals, auch wenn eine “Marktbereinigung” zunächst nur einen - möglicherweise geringen - prozentualen Wertverlust mit sich gebracht hat.

Wesentliche notwendige Dienstleistungen wie Organisierung des Zahlungsverkehrs, Angebot von Versicherungsleistungen und Bereitstellung von Kapital (Kredit) für Investitionen im Gewerbe, aber auch im Privatbereich zur Eigenheimfinanzierung etc., können jetzt schon Genossenschaftsbanken oder öffentliche Sparkassen übernehmen, die sich am Investmentbanking nicht beteiligen. Der Anteil dieser öffentlichen und genossenschaftlichen Kapitalverwaltungsgesellschaften sollte also wesentlich gesteigert werden. Die Aktivitäten der verbleibenden (Groß-) Banken mit Angeboten im Investmentbanking sollten zum einen durch eine Finanztransaktionssteuer gedämpft werden, zum zweiten sind durch entsprechende Sicherheiten die Kunden-Einlagen gegen die Verluste im Investmentbereich zu schützen. Zum dritten muss außerdem durch eine entsprechende Kartellaufsicht sichergestellt werden, dass auch im Finanzwesen keine Kapitalkonzentrationen entstehen, die nicht pleitegehen können, ohne das Wirtschaftssystem zu gefährden, “Too big to fail” darf auch hier nicht wieder auftreten.

Neben diesen Maßnahmen entstehen durch die IKT-Entwicklung auch im Finanzwesen Möglichkeiten der Dezentralisierung. Insbesondere gilt das durch die Blockchain-Technologie, bei der Daten kryptographisch so gespeichert werden, dass sie nicht mehr geändert oder entfernt werden können. Für Transaktionen, aber auch andere Absprachen wie E-Voting Systeme oder den Aufbau virtueller Organisationen, kann daher zwischen den Beteiligten nachprüfbares Einvernehmen hergestellt werden, ohne einen vertrauenswürdigen Dritten oder eine zentrale Instanz - bei Geldgeschäften bisher üblicherweise die Bank - zu benötigen. Mit dieser Technologie - bekanntestes Beispiel ihrer Anwendung ist die virtuelle Währung Bit Coin - kann also jedes Geschäft wie beim Bargeld dezentral abgewickelt werden, ohne dass ein Betrug befürchtet werden muss. Konten bei Banken werden damit tendenziell unnötig.

## **Öffentliche Verwaltung**

Wie der Name schon sagt, ist die öffentliche Verwaltung staatlich organisiert und angeleitet sowie an entsprechend vorgegebenen Zielen ausgerichtet. Zur Steigerung von Effizienz und Dezentralität kann es sinnvoll sein, Untergliederungen in Eigenbetriebe oder andere öffentliche Sondervermögen auszugliedern, die in begrenztem Rahmen ihre eigene Struktur aufbauen und nach außen als Marktsubjekte auftreten können. Die in vergangenen Jahrzehnten häufig gehypten stärkeren Verzahnungen wie PPPs und Kapitalgesellschaften mit gleichzeitig öffentlichen und privaten Eigentümern führen dagegen schnell zu Strukturen, die „die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren“, zusätzlich drohen Strukturen mit Anfälligkeit für Ineffizienz und Korruption. Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen, Genossenschaften, Kollektive und Selbstständige (wobei die letzteren Gruppen intern auch alltagskommunistisch organisiert sein können) können natürlich in vielen Fällen sinnvoll sein, wobei hier ebenso auf die Vermeidung von Korruption geachtet werden muss.

In Bereichen der öffentlichen Verwaltung ist die möglichst durchgehende Transparenz aller Entscheidungen wichtig, um eine vertrauensvolle Kooperation mit den - von den

Entscheidungen betroffenen - BürgerInnen zu erreichen. Durch partizipative Methoden ist außerdem, wann immer möglich und vom Aufwand her vertretbar, die direkte Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse zu gewährleisten.

### **Kultur, Kunst, Erholung**

Dieser Bereich ist gegenwärtig in allen drei beschriebenen Wirtschaftsformen organisiert, wobei ein Großteil des alltagskommunistischen Teils nicht monetär bewertet wird und deshalb im BIP auch nicht auftaucht. Dies gilt für den Breitensport, Amateur-Theater oder -Chöre und entsprechende Aktivitäten in Freundesgruppen und Familien, aber auch für YouTube-Auftritte, die maximal werbefinanziert sind, für Fan Fiction und andere Internet-Romane.

Typische öffentliche Kultur ist gegenwärtig die sog. Hochkultur, wie Oper, Theater, große Orchester und "anspruchsvolle" Filme, deren Produktionen als Teil der (kulturellen) Volksbildung angesehen werden, und die Angebote von Musik- und Volkshochschulen etc. Privatwirtschaftlich organisiert sind die großen Filmgesellschaften, der Kunstmarkt, der Buchmarkt, aber auch Sport-Profi-Vereine etc.

Durch die Entwicklung der IKT erhält auch der kulturelle Bereich neue Möglichkeiten insbesondere zur Verbreitung, aber auch zur Entwicklung seiner (neuen) Produkte. Hierdurch entstehen auch dezentrale, individuelle und alltagskommunistische Möglichkeiten zur Produktion und Veröffentlichung von Kunst und Kulturgütern. Die wachsende Problemstellung aus dem Bereich IKT "Wie umgehen mit geistigem Eigentum?" gilt also auch hier. Diese Probleme im Wesentlichen durch Verbote und Schutzsysteme lösen zu wollen, ist einerseits ein nur rückwärtsgewandter Abwehrkampf und andererseits ein auf Dauer schädliches Entwicklungshindernis. Andere Möglichkeiten zur gerechten Finanzierung von Künstlern, Kulturschaffenden etc. müssen gefunden werden. Dort, wo Schutzrechte bestehen bleiben sollten, müssen sie der Form nach und insbesondere von der Dauer her erheblich eingeschränkt werden. Die Schutzdauer im deutschen Urheberrecht, die erst 70 Jahre nach dem Tod des Autors ausläuft, ist absurd. Sie hat offensichtlich nichts mit der Ermöglichung kreativer Arbeiten durch Absicherung ihrer Ergebnisse zu tun.

Aus sozialer, wirtschaftlicher und aus Sicht der jeweils individuellen Entwicklung ist eine Stärkung der Dezentralität und des "Selbermachen statt Konsumieren" anzustreben. Alle drei Wirtschaftsformen werden dabei erhalten bleiben und auf dezentraler Ebene möglicherweise unterschiedliche Kooperationen eingehen, wie im mittlerweile üblichen Beispiel einer kollektiv organisierten Band, die unentgeltlich in einer öffentlich geförderten Einrichtung probt und ihre sonstigen Auslagen durch den Verkauf von DVDs oder über Einstellung bei Internetanbietern wie spotify finanziert.

Aber auch die heute üblichen öffentlichen und privaten Großproduktionen werden erhalten bleiben, wobei die privaten Kulturunternehmen mit den immer einfacheren und qualitativ hochwertigeren Reproduktionsmöglichkeiten größere Schwierigkeiten haben werden als die öffentlichen, die sich ja üblicherweise darüber freuen, wenn ihr geistiges Eigentum "geklaut" wird.

### **Unterricht, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen**

Unterricht wird in Deutschland üblicherweise staatlich organisiert. Hinzu kommen private und weltanschauliche wie kirchliche oder reformpädagogische Angebote. Bei der Weiterentwicklung dieser Struktur ist darauf zu achten, dass bei der Allgemeinbildung die

privaten, gewinnorientierten, auf Schulgeld angewiesenen Angebote nicht überhandnehmen. In Einzelfällen liefern sie, da verbunden mit finanziellen Interessen, ganz einfach schlechte Ergebnisse. Hauptproblem bleibt aber die Entstehung einer Zweiklassengesellschaft in der Bildung, wenn Voraussetzung für gute Bildung von der Möglichkeit der Eltern, ein hohes Schulgeld zu bezahlen, abhängt. Alternative, nicht gewinnorientierte Bildungsangebote sind dagegen bis zu einem gewissen Anteil zu begrüßen, da sie häufig schneller und weniger bürokratisch auf neue Anforderungen reagieren und Pädagogik praktisch weiterentwickeln können als staatliche Schulen. In vielen Fällen werden so entwickelte Bildungsansätze und -module später in den öffentlichen Schulen übernommen. Auch im Bildungsbereich gilt, dass die Entwicklung von IKT die Möglichkeiten gerade alltagskommunistischer Organisationsformen erhöht. Wissen kann dadurch sowieso als Allmendegut für alle Menschen bereitgestellt werden. Aber auch das Selberlernen oder die Arbeit von Nicht-Fachkräften, die in ihrem persönlichen Umfeld als "Lehrende" aktiv werden wollen, kann durch e-learning-Tools, Infotainment etc. erheblich vereinfacht werden.

Der Großteil der Erziehung findet traditionell alltagskommunistisch in den Familien statt, wobei dieser Anteil, wie üblich, im BIP nicht auftaucht. Gerade linke Politik befördert hier häufig einen stärkeren Einfluss des Staates, insbesondere um für sozial- und bildungsbenachteiligte Kinder Chancengleichheit zu ermöglichen. Sinnvoll erscheint es bei Wahrung der Interessen aller Kinder, wo immer möglich die Mitgestaltung durch alltagskommunistische Strukturen zu schaffen, wie dies z.B. bei Kinder- oder Schülerläden der Fall ist.

Auch im Gesundheits- und Sozialwesen ist diese Kombination staatlicher und alltagskommunistischer Strukturen anzustreben. Als Sozialstaat darf der Staat die Verantwortung für diese Bereiche nicht abgeben. Die zunehmende Privatisierung der Leistungen in diesem Bereich erbringt außer kurzfristigen Einsparungen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen keine Vorteile und führt langfristig zu immer schlechteren und z.T. unverantwortlichen Bedingungen für die Beschäftigten und Patienten. Im Gegensatz dazu erscheint die Kombination mit alltagskommunistischen Strukturen sinnvoll und dauerhaft tragfähig. Beispiele hierfür sind etwa: Die Befähigung der Patienten zur Übernahme von Teilverantwortung statt den „Göttern-in-Weiß“ ausgeliefert zu sein; die Förderung von Gesundheitsbewusstsein; Vorlese-Angebote von Senioren in Schulen; Unterstützung von geflüchteten Menschen; Eltern, die bei ihren Kindern im Krankenhaus übernachten und diese mitversorgen, Tafeln für Obdachlose usw.

Insgesamt erscheint es gerade in diesem "sozialen", aber auch in den anderen Bereichen wichtig, gute Kooperationen von Staat und Alltagskommunismus zu entwickeln. Hierbei kann der Staat seine letztliche Verantwortung nicht abgeben, was ihn aber nicht dazu verleiten sollte, mit dieser Begründung auch alle Entscheidungen treffen zu wollen.

Alltagskommunismus, der auf Dauer funktionieren soll, setzt Selbstverständlichkeit und Selbstverantwortung voraus und damit das Gegenteil vom Warten auf staatliche Entscheidungen. Alltagskommunistische Strukturen müssen also weitgehend ihre Entscheidungen eigenständig treffen können. Die Bürokratie reagiert häufig mit dem Reflex: "Wir müssen das entscheiden, denn uns macht man schließlich nachher für das Ergebnis verantwortlich", was dann auch zu Beamtenmikado führen kann, wo sich niemand mehr bewegt, wo Flüchtlinge im Regen fast erfrieren, weil das daneben errichtete beheizte Zelt noch keine Brandschutzabnahme hat, oder jahrelang in Turnhallen leben, weil die



europaweite Betreiber-Ausschreibung der schon länger errichteten Unterkünfte sich immer wieder verzögert.

Aber dieses Problem der geteilten Verantwortlichkeit ist eigentlich nicht neu. Der Staat beispielsweise hat die Verantwortung, Kindeswohlgefährdungen zu verhindern. Dennoch lässt er selbstverständlich Eltern i.A. selber für ihre Kinder sorgen und hat nicht in jedem Kinderzimmer eine Web-Cam installiert.

Voraussetzung für die Kooperation ist gegenseitige Akzeptanz und Entwicklung von Selbstverständlichkeit im Umgang miteinander.

## **Kontakt**

**Kommentare, Kritik, Ideen zur Praxis bitte an:**

***[schmidthals@berlin21.net](mailto:schmidthals@berlin21.net)***